blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
67.(82.) JAHRGANG
JUNI 2014

Ein langer Weg: ERZIEHERIN ALS LEBENSBERUF

SCHULE
Sächsische Schulen besser

GEWERKSCHAFT
Warnstreik bei weitblick

TENDENZEN
Rassismus in der Schule

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ... 3-5

TITEL

Heute für morgen Zeichen setzen! *Frauke Gützkow* ... 6

HOCHSCHULE

Der Murks mit den MOOCs *Rolf Arnold* ... 9

KITA

Bitte weitergeben *Christiane Weißhoff* ... 10

SCHULE

Herausforderung Lehrkräftemangel *Vorstand der VBS-GEW* ... 12
Praktikum bei VERA *Ryan Plocher* ... 13
Lernerfolg und Bildungspolitik *Uwe Preuss* ... 14
Ready Steady Go *Manfred Triebe* ... 15
Eine Stunde reicht nicht *Rudolf Rüter* ... 16
Berlin immer niveauloser *Tom Erdmann* ... 17
Niemand will sie haben *Brigitte Schumann* ... 18

GEWERKSCHAFT

Mit Tarifvertrag geht's besser *Tammo Erbrich* ... 20
Hier für dort aktiv *Heinz-Joachim Elbe* ... 21
Gesichter der GEW ... 21

TENDENZEN

Ermordet als Deserteur *Michael Roeder* ... 22
Deutschland – Armes reiches Land *Hartmut Schurig* ... 23
Laut Statistik steigen sie *Fredrik Dehnerdt* ... 24
Nach vorne und zurück schauen *Josef Hofman / Juliane Zacher* ... 25
Rassismus in der Schule *Birgit Peter / Sophie Groß* ... 26

GLOSSE

»Na, heute ordentlich Geld gemacht?!« *Gabriele Frydrych* ... 27

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen ... 28

BÜCHER

Betrachtungen zu einer »Streitschrift« *Birgit Zelle* ... 30
Hetzjagd auf einen Deutschlehrer *Klaus Will* ... 31
Blinder Optimismus *Klaus Will* ... 32

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 33

9 HOCHSCHULE Professor Rolf Arnold von der Technischen Universität Kaiserslautern erklärt, warum mit einer vermehrten Wissensvermittlung nicht automatisch eine Kompetenzvermehrung einhergeht. Er steht den Lernplattformen in sogenannten »Massive Open Online Courses« (MOOCs) skeptisch gegenüber.

10 KITA Die freien und öffentlichen Träger von Kindertagesstätten erhalten rückwirkend zum 1. Januar 2014 mehr Geld. Die schlechte Nachricht dabei: Sie werden nicht verpflichtet, ihre Beschäftigten nun auch besser zu bezahlen.

25 TENDENZEN Der Artikel versucht eine Perspektive für einen Unterricht zu entwerfen, bei dem das jüdische Leben in Europa vor dem Holocaust behandelt wird, ohne dabei den Bezug zu dem Völkermord aus den Augen zu verlieren. Und es gibt Hinweise auf Internetseiten, die Materialien für die Arbeit mit SchülerInnen anbieten.

TITEL: KNESCHKE/FOTOLIA; UNTEN: E. STOSCH/PIXELIO.DE; MITTE: FOTOLIA; OBEN: FOTOLIAV

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Martina Brömme, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne, Josef Hofmann
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 6/2014: 25.400

LEUTE

Safter Cinar, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der GEW BERLIN in den Jahren 1983 bis 1989, ist zum Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde Deutschland gewählt worden. Er folgt auf Kenan Kolat, der aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Cinar war zuvor Sprecher des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Türkischen Bundes. Wir gratulieren Safter und wünschen ihm viel Erfolg.

Lieselotte Stockhausen-Doering, Vorsitzende des Landeselternausschusses, ist nur knapp einer Abwahl entgangen. In der März-Sitzung 2014 des Gremiums wurde der Misstrauensantrag nach § 117 Schulgesetz mit 11 zu 10 Stimmen von insgesamt 24 Stimmberechtigten nur knapp abgelehnt. Stockhausen-Doering ist seit einem Jahr Vorsitzende des Landeselternausschusses als Nachfolgerin von Günter Peiritsch, der zurückgetreten war.

Jörg Ramseger, FU-Erziehungswissenschaftler für Schulpädagogik und Leiter der Arbeitsstelle Bildungsforschung Primarstufe an der Freien Universität, ist mit dem Erwin-Schwartz-Grundschulpreis 2014 ausgezeichnet worden. Der vom Grundschulverband verliehene Preis würdigte damit die besonderen Verdienste Ramsegers um die Grundschule und die Bildung von Kindern. Er habe den Blick der Lehrkräfte dafür geschärft, dass Kinder intelligente, neugierige und hoch aktive Erforscher ihrer Lebenswelt sind. Ramseger hat in Berlin auch den Modellversuch Jahrgangsübergreifendes Lernen (JüL) wissenschaftlich begleitet.

Karl-Heinrich Ulrichs wird bislang nur in Schöneberg mit einer Straßenbenennung geehrt. Im Bezirk Mitte hatten Anwohner der Straße gegen die Umbenennung Einspruch erhoben: Sie sei rechtswidrig, weil es einen Beschluss gebe, neue Straßen und Umbenennungen zunächst nur noch mit Frauennamen vorzunehmen. Die Umbenennung gilt jetzt nur von der Kurfürstenstraße bis zum Nollendorfplatz, vom Lützowplatz bis zur Kurfürstenstraße bleibt zunächst der bisherige Straßenname, also Einemstraße. Karl-Heinrich Ulrichs war ein Vorkämpfer für die Emanzipation der Homosexuellen und hatte sich schon 1867 gegen die Diskriminierung Homosexueller eingesetzt.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Etwas politischer bitte

Wünsche an den neuen DGB-Vorstand

von Tom Erdmann, Pressesprecher der GEW BERLIN

Am 12. Mai 2014 haben die Delegierten des DGB-Bundeskongresses in Berlin einen neuen Vorstand gewählt: Nachfolger von Michael Sommer wurde Reiner Hoffmann mit 93 Prozent. Einiges konnte der Deutsche Gewerkschaftsbund in den vergangenen vier Jahren auf seiner Habenseite verbuchen: Bei Wahlen zu Betriebs- und Personalräten erzielten die Mitgliedsgewerkschaften gute Ergebnisse. Und sie konnten für ihre Mitglieder gute Tarifabschlüsse aushandeln.

Mein Verständnis von Gewerkschaften erschöpft sich aber nicht in ihrer Aufgabe als DienstleisterInnen für die Mitglieder. Ich begreife Gewerkschaften auch als politische Kraft. Sie sollen sich auch zu nicht originär gewerkschaftlichen Themen äußern. Michael Sommer hat dies beispielsweise bei den bundesweiten Protesten gegen Atomkraft nach der Katastrophe in Japan getan.

Als politische Kraft haben einige Gewerkschaften zu schnell auf die Große Koalition im Bund gesetzt. Nach der Bundestagswahl gab es eine parlamentarische Mehrheit für einen flächendeckenden Mindestlohn, für eine Bürgerversicherung und für mehr Rechte für Beschäftigte. Die GEW BERLIN hat nach der Bundestagswahl im DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg den Antrag eingebracht, sich bei SPD, Linken und Grünen für die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro einzusetzen. Es kamen dann schwer nachvollziehbare Ausreden wie »Das Thema ist uns zu wichtig, als dass wir das mit einem Antrag abarbeiten« oder »Wir wissen nicht was passiert, wenn man die SPD so unter Druck setzt«. Hier hätte ich mir mehr Einsatzbereitschaft für die eigene Beschlusslage gewünscht. Vor diesem Hintergrund haben wir den Antrag damals zurückgezogen. Ja, es ist gut, dass wir ab 2015 einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro bekommen. Aber es ist absurd, dass es noch bis 2017 dauert, bis der Mindestlohn auch für Tarifverträge gilt, deren Lohnuntergrenze unter 8,50 Euro liegt. Dass die Arbeitgeber diese Gerechtigkeitslücke für sich zu nutzen wissen, zeigt der letzte Tarifabschluss für GebäudereinigerInnen. Hier liegt der Mindestlohn im Osten auch ab dem 1. Januar 2015 deutlich unter 8,50 Euro. Man kann doch nicht feiern, dass man den eigenen Leuten den Mindestlohn zwei Jahre später gibt!

Während die Arbeitgeberseite bei den Koalitionsverhandlungen viele ihrer Wünsche durchsetzen konnte, haben Gewerkschaften die Füße stillgehalten. Warum sonst ist das Thema Steuererhöhungen so schnell vom Tisch verschwunden? Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ist weiterhin möglich. Die Rente mit 67 bleibt, LeiharbeiterInnen müssen weiterhin lange Zeit warten, bis sie den gleichen Lohn wie der Rest der Belegschaft erhalten und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei der Bildung bleibt bestehen.

Mich erinnert dies fatal an die Zeiten der Agenda 2010, als die Gewerkschaften es versäumt haben, die Reformpläne der SPD zu verhindern. Seit den Hartz-Reformen sind die Reallöhne gesunken und der Abstand zwischen niedrigen und höheren Einkommen ist gestiegen. Ich erwarte vom neuen DGB-Bundesvorstand eine deutlich kritischere Haltung, wenn Merkel und Gabriel uns wieder solch eine Mogelpackung und Etikettenschwindel unterjubeln.

Arbeitsentlastung und eine bessere Bezahlung forderten Beschäftigte der Jugendämter am 30. April 2014 schon zum zweiten Mal. Siehe Meldung unten.

FOTO: ANDREAS KRAFT

Immer mehr SteuersünderInnen
Laut Auskunft der Senatsfinanzverwaltung gab es in Berlin von 2010 bis zum ersten Quartal in diesem Jahr 2.718 Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung. Höhepunkt war bisher das Jahr 2013 mit über 900 Selbstanzeigen. Da es aber im ersten Quartal 2014 schon 402 Selbstanzeigen gab, wird wohl 2014 der alte Rekord gebrochen werden. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum in Berlin 152 Millionen Steuern nachgezahlt.

Mehr Studierende ohne Abi
Die Zahl der StudienanfängerInnen, die kein Abitur haben, ist gestiegen. 12.400 haben sich 2012 erstmals für ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule eingeschrieben – fast doppelt so viele wie vor dem Öffnungsbeschluss der Kultusministerkonferenz von 2009.

Lerngruppen für Neuzugänge
Die »Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse« wurden eingerichtet, um neu zugezogene SchülerInnen ohne Deutschkenntnisse auf den Übergang in eine Regelklasse vorzubereiten. Im Februar 2014 wurden 2.880 SchülerInnen in 248 Klassen beschult. 270 Vollzeit-Lehrkräftestellen wurden dafür eingesetzt. Für diese Gruppe der SchülerInnen wurden 2013 außerdem Ferienschulen angeboten, bei denen deutsche MuttersprachlerInnen von MuttersprachlerInnen der verschiedenen südosteuropäischen Sprachen beim Sprachunterricht unterstützt werden. Diese Kurse soll es auch 2014 geben, erklärte die Senatsbildungsverwaltung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus.

Immer mehr Privatschulen
»Privatschule für alle« betitelte der *Tagesspiegel* seinen Artikel über neue Privatschulen im Wedding. Er zitierte damit zugleich einen Slogan der FDP für die sogenannte Bürgerschule, bei der alle Schulen in selbstständige Betriebe umgewandelt werden, die je nach Schülerzahl eine Globalsumme zugewiesen bekommen. Gemeint aber waren in diesem Fall die Initiative Quinoa von zwei ehemaligen First-Teach-Fellows und die »Freie Bürgerschule Wedding«, die sich beide insbesondere um die Kinder von Hartz-IV-Empfängern kümmern wollen, die die Privatschule kostenlos besuchen dürfen.

Kinderschutz braucht Kinderschützer
Unter diesem Motto haben die MitarbeiterInnen der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste (RSD) am 30. April 2014 zum zweiten Mal vor dem Sitz der Senatsjugendverwaltung demonstriert. Denn seit dem letzten Warnstreik im Dezember 2013 hat sich nichts verändert: Obwohl sich die Zahl der betreuten Familien in den letzten Jahren verdoppelt hat, wird immer noch nicht mehr Personal eingestellt. Diese Situation macht krank und führt zu hoher Fluktuation: Junge KollegInnen verlassen nach relativ kurzer Zeit wieder das Arbeitsgebiet und berufserfahrene KollegInnen werden zunehmend krank. Die MitarbeiterInnen im RSD fordern deshalb eine Fallzahlbegrenzung auf 28 Familien pro Vollzeitstelle, die Einplanung einer Vertretungsreserve sowie die Eingruppierung der RSD-Stellen in E 10 / A 11.

Umstrukturierung des Medienforums
Der Bezirkslehrerausschuss Tempelhof-Schöneberg fordert die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Wissenschaft in einer Stellungnahme auf, bei der Umstrukturierung des Medienforums darauf zu achten, dass weiterhin eine Präsenzbibliothek erhalten bleibt. Außerdem soll sichergestellt sein, dass auch der AV Medienverleih weiterhin für alle Schulen kostenfrei möglich ist. Für Fortbildungen oder Treffen von Lehrern soll weiterhin ein Ort in der Stadt erhalten bleiben. Damit die Interessen der Lehrer bei den Umstrukturierungsmaßnahmen berücksichtigt werden, soll die Senatsverwaltung Lehrervertreter bei der Planung und Durchführung der Umstrukturierungsmaßnahmen einladen mitzuentscheiden, genauso wie die Mitarbeiter des Medienforums an den Planungen der Umstrukturierungsmaßnahmen beteiligt werden sollen.

Erfolgreicher Auto Club
Der Auto Club Europa (ACE), der 1965 von DGB-Gewerkschaften gegründet wurde, ist erfolgreich ins neue Jahr gestartet. Im Januar haben rund 29.000 Interessenten den Button »Mitglied werden« auf der ACE-Homepage angeklickt. Der ACE-Vorsitzende Wolfgang Rose erklärte, dass normalerweise im Monat 600 bis 700 Neumitglieder beitreten würden, deutlich mehr seien es zurzeit. Der ACE hat 580.000 Mitglieder. Seit 1995 kann auch beitreten, wer nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Der ACE ist demokratisch gegliedert, alle vier Jahre wählen Delegierte den Vorstand. www.ace-online.de

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

LeserInnenbriefe und Artikel zur Feedback-Kultur, *Mai-blz 2014*

Feedback-Kultur in der Schule? Wozu Feedback, ich bin sowieso gut. Das sind ja mal interessante Stellungnahmen in der »Post an die Redaktion« und dem Artikel »Button drücken, Kreuzchen machen«. Vielleicht hat es noch nicht jeder ausprobiert. Das ISQ-Portal ermöglicht tatsächlich anonyme Befragungen. Ich kann mich mit einer x-beliebigen Mailadresse aus einem Internetcafé heraus anmelden. Den Namen, den ich eingebe, kann ich frei wählen. Ich frage mich, an welcher Stelle personenbezogene Daten abgefragt werden. Zumal nirgendwo geprüft wird, ob die eingegebenen Daten richtig sind. Und was ist an den Nutzungsbedingungen so problematisch? Im § 3 Absatz 2 steht nichts davon, dass die Daten weiterverwendet werden dürfen. Da steht nur, dass sie verarbeitet werden dürfen. Natürlich müssen die Daten verarbeitet werden, sonst bekomme ich keine Auswertung und so eine Befragung macht keinen Sinn. Ja, ich habe es gelesen. Im § 4 steht auch etwas über die Verwendung der Daten. Ist das, was da steht, problematisch? Da ich das anonym gestalten kann, ist mir doch egal, was irgendeine »Big-Data-Maschine« daraus als Wert ableitet. Im Zweifelsfall kommt 42 dabei raus.

Die Fülle der Fragen ist relativ. Ich muss den SchülerInnen keine »unzähligen Fragen« vorsetzen. Wem der vorgegeben Fragebogen zu umfangreich ist, der kann ihn für seine/ihre Klassen anpassen und Fragebereiche auswählen, die wichtig erscheinen. Da kann man auf einige wenige, wichtige Fragen kommen. Seid kreativ! An meiner Schule nutzen fast alle KollegInnen das ISQ-Portal. Viele gehen mit den Auswertungen in die Klassen und besprechen die Ergebnisse. Vor allem werden die Punkte angesprochen, bei denen es erhebliche Abweichungen in den Einschätzungen zwischen Lehrkraft und SchülerInnen gibt. Da gibt es ordentlich Feedback. An den Gesprächen beteiligen sich auch die, die sonst ganz still sind und nie Kritik äußern. Viel mehr Feedback-Kultur geht kaum noch. Natürlich kann ich die Ergebnisse als »nichtssagenden Mittelwert« betrachten, einfach zur Kenntnis nehmen und weiter machen wie bisher. Wenn ich das tue, habe ich ohnehin kein Interesse an einem Feedback. Da ist jede vorgeschlagene Methode verkehrt.

Wie ist das mit dem »Kontrollinstrument«? Über Anonymität habe ich oben geschrieben. Kontrolle? An meiner Schule gibt es eine Liste, in der man abzeichnet, dass man eine Selbstevaluation mit den SchülerInnen durchgeführt hat. Eine wirkliche »Kontrolle« kann es unter den genannten Bedingungen nicht geben. Auf diese Weise kann man der Formalie auch gerecht werden.

Die Frage, die sich mir stellt, ist, wie viel Mühe haben sich die AutorInnen in der *blz* mit dem ISQ-Portal gemacht und wie gehen sie mit den Ergebnissen um? Wenn ich etwas von vornherein ablehne, weil es von einer Schulverwaltung propagiert wird, werde ich immer ein Haar in der Suppe finden. Eine kritische Haltung gegenüber Schulverwaltung und Regierung ist aus demokratischer Sicht sehr wichtig. Aber manchmal muss man sich mit den gebotenen Instrumenten erst intensiv auseinandersetzen, um die Möglichkeiten zu erkennen, bevor man in laute Kritik ausbricht. Schlagt eurer Schulleitung vor, sich vom Kollegium evaluieren zu lassen. Das bietet das ISQ-Portal auch. Das könnte auch ein interessantes Feedback geben. Und ich glaube, viele Schulleitungen stehen dem Wunsch zu ihrer Evaluation positiv gegenüber. Versucht das ISQ-Portal als Hilfe für eure pädagogische Aufgabe zu nutzen. Vielleicht auch mehr als einmal im Jahr. Es stecken viele positive Aspekte darin. *Michael Szymanski (ist mein wirklicher Name)*

Der 1. Mai 2014 in Berlin: Gutes Wetter und viele freundliche Menschen haben die Gelegenheit genutzt, das Angenehme mit dem Nützlich-Politischen zu verbinden. Nach dem langen Marsch durch Berlins Mitte waren alle durstig.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

ÜBRIGENS

Langsam nimmt es überhand: Schon wieder eine perspektivisch zusätzliche Frau in der Redaktion. Caroline Muñoz del Rio hat sich zu uns gesellt und wir dürfen sie Caro nennen. Und sie »passt« auch aufgrund ihres Alters: Geschätzt zwischen 20 und 40 Jahren. Wahrscheinlich wird sie sogar mittelfristig dabei bleiben. Sie interessiert sich nämlich – wie in der Maiausgabe dieser Zeitschrift zu lesen war – für den Vorstandsbereich Öffentlichkeit der GEW BERLIN. Und dort nach gegebenenfalls erfolgter Wahl auf Empfehlung von Tom unter anderem für die *blz*. Das war jetzt nachträgliche Wahlwerbung!

Das Verhältnis der von Frauen geschriebenen Artikeln zu denen von Männern scheint sich zugunsten von Frauen zu verändern. Wir haben diesmal alle vorgelegten Artikel berücksichtigen können. Acht eindeutig »weibliche« und elf eindeutig »männliche« Artikel. Wir haben wieder nicht nach Proporz ausgewählt, sondern nach Inhalt und Güte. Die Frauen holen auf … Und dann demnächst auch noch eine ChefredakteurIN! *Folker Schmidt*

Redaktionsschluss blz 9/2014: 20. Juni 2014
Redaktionsschluss blz 10/2014: 29. August 2014

HEUTE

Über Fortschritte

FÜR MORGEN ZEICHEN SETZEN!

und Rückschläge auf dem Weg der Erzieherin zum Lebensberuf

von Frauke Gützkow, Leiterin des Arbeitsbereichs Frauenpolitik im GEW-Hauptvorstand

Die Geschichte der Erzieherinnen ist eine Geschichte der Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Im Osten geht sie etwas anders als im Westen. Und sie hat außerdem zwei Seiten: die der Fachkräfte in den Kitas und die der Mütter, die eine Betreuung für ihre Kinder benötigen. Viel hat sich in den letzten Jahrzehnten getan. Aber zu Ende erzählt ist diese Geschichte noch nicht.

Im Osten etablierte sich schon früh das Leitbild der erwerbstätigen Mutter. Im Westen sollten dagegen »Kindergarten-Tanten« in den 1950er und 1960er Jahren dafür sorgen, dass die Mütter sich am Vormittag ungestört dem Haushalt widmen konnten. Zum Mittagessen saßen die Kleinen dann wieder am heimischen Esstisch. Doch das Ideal dieser Hausfrauenehe regierte nicht überall. Eine große Gruppe von Frauen, deren Männer nicht die gesamte Familie ernähren konnten, ließen die Kinder in der Obhut der Oma, wenn sie einer zumeist ungelernten Arbeit nachgingen. Oder sie leisteten »Mutti-Schichten« in der Fabrik, die es ihnen erlaubten, Erwerbsarbeit und Familie unter einen Hut zu bringen – auf Kosten von eigener Zeit und Gesundheit.

FOTO: BERT BUTZKE

Im Westen wurden die Kinder in kirchlichen Kindergärten von Nonnen, Diakonissen oder jungen Frauen betreut. Erstere wurden mit einem »Vergelt's Gott« entlohnt. Letztere sollten sich auf ihre Zukunft als Mutter vorbereiten. Sie mussten »mit Kindern spielen« können. Dieses »Qualifikationsprofil« gab es auch im Osten. Über Geld, Arbeitsbedingungen oder pädagogische Kompetenzen wurde nicht viel geredet.

An dieser Situation änderte sich auch nichts, als im Wirtschaftswunderland Westdeutschland die Arbeiter ausgingen. Die fand man unter den jungen Männern in Italien, Griechenland, Spanien und später der Türkei. An der traditionellen Einverdiener-Ehe wurde nicht gerüttelt und damit auch nicht am Status der Kindergarten-Tante.

Der bröckelte erst, als in den 1970er Jahren Mädchen und junge Frauen immer höhere Bildungsabschlüsse erlangten. Viele ergriffen die pädagogischen Berufe, auf denen die »Bildungsexpansion« beruhte. Diese Entwicklung erfasste auch die Kindertagesstätten. Zwar blieb die Aufwertung der Kita zur Bildungseinrichtung verwehrt. Doch erstmals wurde anerkannt, dass es einer fundierten Ausbildung bedarf, um mit kleinen Kindern zu arbeiten. Aus der Kindergarten-Tante wurde die Erzieherin.

FOTO: PRIVAT

Frauke Gützkow

Ausgebildet wurden die Erzieherinnen nun an Fachschulen, mancherorts allerdings um den Preis eines Schulgelds. Das vermittelte die Botschaft der Ausbildung als Privatvergnügen, die in der Gesellschaft nicht wirklich benötigt wird. Eine duale Ausbildung mit Vergütung blieb den Erzieherinnen verwehrt. Mit der Bildungsexpansion begann ein jahrzehntelanger zäher Kampf um die öffentliche Ganztagsbetreuung. Dabei wandelte sich das Leitbild der geforderten Qualifikation: von der vermeintlich natürlichen weiblichen Fähigkeit zur pädagogischen Kompetenz. Allerdings dauerte es bis zum Anfang dieses Jahrhunderts, bevor ein bedarfsdeckendes öffentliches Angebot zum Regierungsprogramm erhoben wurde.

Mit der Bildungsexpansion begann ein jahrzehntelanger zäher Kampf um die öffentliche Ganztagsbetreuung.

Nun mauserte sich der Beruf auch im Westen zum Lebensberuf. Im Osten waren Erzieherinnen jenseits der 40 längst gang und gäbe. Trotz dieser Unterschiede ist der historische Ballast, der sich auch in anderen Berufen zeigt, in West und Ost gleich. Bei Tätigkeiten, die als traditionell weiblich markiert sind, bleibt die Verberuflichung prekär. Alles, was einen Beruf ausmacht, wird geringgeschätzt: Weil es um Tätigkeiten geht, die Frauen besonders gut ausüben – begründet mit ihrem »Wesen«, ihrer

Der Beruf der Erzieherin wurde zum Lebensberuf auch im Westen.

FOTO: IMAGO

»Natur« oder ihrer Sozialisation –, ist keine besondere Ausbildung notwendig. Wegen der mangelnden Ausbildung ist das Entgelt niedrig. Und weil »Spielen mit Kindern« gar kein richtiger Beruf ist, ist die Qualität der Arbeitsbedingungen zu vernachlässigen.

Dass sich an dieser diskriminierenden Sicht in jüngerer Zeit etwas ändert, liegt daran, dass Kitas mehr und mehr als Bildungseinrichtungen gesehen werden. Und es liegt am akuten Fachkräftemangel:

Der betrifft die öffentliche Kinderbetreuung in doppelter Hinsicht. Eigentlich müssten öffentliche Angebote schnell und massiv qualitativ und quantitativ ausgebaut werden, um den vielen Müttern kleiner Kinder die Möglichkeit zu geben in ihrem Beruf zu arbeiten oder ihre Arbeitszeit aufzustocken. Doch schlechte Bezahlung, die Gesundheit gefährdende Arbeitsbedingungen und fehlende pädagogische Freiräume produzieren wiederum einen Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen, der den zügigen Ausbau ausbremst.

Öffentliche, kirchliche und freie Träger verweigern (derzeit noch) eine höhere Eingruppierung.

Das liegt an der fehlenden Bereitschaft, Geld in die Hand zu nehmen. Öffentliche, kirchliche und freie Träger verweigern (derzeit noch) eine höhere Eingruppierung. Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation und Elterngespräche werden kaum bei der Arbeitszeit berücksichtigt. Selbst bei Kita-Neubauten wird am passiven Lärmschutz und an Sozialräumen mit ergonomischem Mobiliar gespart. Offensichtlich spukt die »Kindergarten-Tante« noch immer in den Köpfen der politisch Verantwortlichen herum.

Gern wird an dieser Stelle auf leere öffentliche Kassen verwiesen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Solange den Kitas der Status als vollwertige Bildungseinrichtung versagt bleibt, kann ein Großteil pädagogisch sinnvoller Investitionen als »freiwillige Leistung« abgetan werden und fällt bei Bedarf dem Rotstift zum Opfer. Solange Bund, Länder, Kommunen und Freie Träger den Schwarzen Peter zwischen sich hin und her schieben, wird sich an der Misere nichts ändern.

Doch Erzieherin als Lebensberuf heißt, von der eigenen Arbeit leben zu können – auch mit Kind. Es heißt, gesund zu bleiben und berufliche Perspektiven zu haben. Und es heißt, im Alter von der Rente leben zu können. Anders als langjährig Versicherte mit lupenreiner traditionell männlicher Erwerbsbiografie wird kaum eine Erzieherin von der Rente mit 63 nach 45 Erwerbsjahren profitieren können. Doch die Notwendigkeit flexibler und vorzeitiger Übergänge in die Rente bemisst sich nicht nach Versicherungsjahren. Gesundheit und Leistungsfähigkeit, die maßgeblich dafür sind, bis zu welchem Alter ein Mensch im Beruf bleiben kann, hängen nicht nur von Arbeitsbedingungen ab, sondern von allen Lebensbedingungen. Der Drahtseilakt zwischen Beruf, Kindererziehung und der Pflege naher Angehöriger wiegt dabei mindestens so schwer, wie körperlich oder psychisch belastende Arbeit.

Das Beispiel der Rente nach 45 Erwerbsjahren zeigt, dass es noch lange dauern wird, bis sich bei allen politisch Verantwortlichen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Arbeit und Leben mehr sind als ein unbefristeter Vollzeitjob. Unsere Aufgabe ist es, sie daran zu erinnern.

Der Murks mit den MOOCs

Die Hochschulbildung auf dem Weg zurück in die Vergangenheit

von Rolf Arnold, Technische Universität Kaiserslautern

Zugegeben, der Gedanke hat was: Wenn Vorlesungen überwiegend der Präsentation des aktuellen wissenschaftlichen Wissens vor Studierenden dienen, dann kann diese Präsentation auch online geschehen. Genauer gesagt: Über Lernplattformen in sogenannten »Massive Open Online Courses« (MOOCs), wie sie erstmals 2012 von dem Unternehmen Coursera in Kalifornien angeboten wurden. Andere Unternehmen und Universitäten sprangen auf den Erfolgszug der MOOCs-Initiative auf: edX und Udacity sowie in Deutschland Iversity. Die Rede ist von globalen MOOC-Camps: Studierende können weltweit derselben Vorlesung folgen, und Professoren haben es nicht mehr mit 100 Studierenden im Hörsaal, sondern leicht mit mehreren 100.000 Studierenden zu tun – eine Wirkung, die von den Protagonisten begeistert als ein historischer Durchbruch zur Demokratisierung und Internationalisierung des akademischen Wissens gefeiert wird.

»Welch eine Breitenwirkung!« – ist man versucht zu denken. Kommen wir durch die »Massive Open Online Courses« dem seit der Aufklärung lebendigen Anliegen der Popularisierung von wissenschaftlichem Wissen und der sozialen Öffnung der Hochschulen nicht endlich ein Stück näher? Hilflos nehmen sich im Vergleich zu dem quantitativen Erfolg der MOOCs die Anfänge der Universitätsausdehnungsbewegung Ende des 19. Jahrhunderts aus, in deren Verlauf Professoren der Universität öffentliche »Allgemeinverständliche Vorlesungen« abhielten, zu der große Massen von Zuhörern strömten. Aus diesen und ähnlichen historischen Vorläufern entstanden die heutigen Volkshochschulen, deren Auftrag, die breite Bevölkerung zu bilden, erstmals 1919 in der Reichsverfassung gesetzlich verankert wurde.

Nach vielen Jahrzehnten entstand aus diesen Anfängen heraus nicht nur ein differenziertes Netz von öffentlichen und privaten Erwachsenenbildungseinrichtungen, sondern auch ein differenziertes wissenschaftliches Wissen zu der Frage, wie Erwachsene mit unterschiedlichen Bildungshintergründen wissenschaftliche Bildungsangebote nutzen, um ihre Kompetenzen zu entwickeln – heute gebündelt im »Deutschen Institut für Erwachsenenbildung« der Leibnitz-Gemeinschaft.

Keine Kompetenzentwicklung

Die Protagonisten der MOOCs ignorieren die Lebenswelten und Persönlichkeiten ihrer Konsumenten. Sie schüren vielmehr unterschwellig die Illusion, die Informationsvermittlung allein würde bereits eine nachhaltige Kompetenzentwicklung gewährleisten – ohne innerliche Beteiligung oder gar Bewegung der jeweiligen Lernenden. Mit dieser Illusion leiten die MOOCs-Protagonisten einen Rollback ein, der die Lernkulturen der Hochschulen und Universitäten weit in das 19. Jahrhundert zurück zu katapultieren droht.

Gleichzeitig wenden sich die MOOCs-Begeisterten an deutschen Hochschulen von dem ab, was in der europäischen Bildungspolitik spätestens seit 2008 nachhaltig Thema ist: die wirksame Kompetenzbildung ihrer Studierenden. Folgt man dem Europäischen und dem Deutschen Qualifikationsrahmen, die von den akademischen Institutionen nur sehr zurückhaltend aufgegriffen werden, so geht es nicht mehr länger um die Frage, wie lange Lernende sich an bestimmten Bildungsinstitutionen aufgehalten haben. In den Vordergrund rückt vielmehr die nüchterne Prüfung ihrer Fähigkeiten, neue Situationen selbständig und verantwortlich – also kompetent – bewältigen zu können. Folgt man der internationalen Kompetenzforschung, so ist unstrittig, dass die Lernenden dazu Wissen benötigen, und Professionals benötigen dafür wissenschaftliches Wissen. Gleichwohl gilt es zu vermeiden, dass auch die Absolventen der Hochschulen und Universitäten viel wissen (und hernach vergessen), aber wenig können. Wissen – so der einhellige Tenor der Kompetenzforschung – ist keine Kompetenz. Und die massive Verbreitung von Wissen trägt somit vielleicht zum Marketingerfolg einiger Hochschulen und zum wirtschaftlichen Erfolg einiger Provider bei, nicht jedoch zur Kompetenzentwicklung der Lernenden.

Damit wissenschaftliches Wissen tatsächlich zur Ausbildung von Kompetenzen beizutragen vermag, müssen die Studierenden ihre Persönlichkeit entwickeln können. Sie müssen das Neue in ihrer eigenen Person zu Fähigkeiten verknüpfen können, mit deren Hilfe sie komplexe und auch unvorhersehbare Situationen selbstständig und verantwortlich gestalten können. Damit eine solche Persönlichkeitsentwicklung gelingen kann, müssen die Hochschulen und Universitäten sich nachdrücklicher um das Lernen ihrer Studierenden bemühen. Sie sind aufgerufen, die Lerntechniken und Selbstlernfähigkeiten ihrer Studierenden zu fördern, statt sie nur mit Inhalten zu konfrontieren – ob real in überfüllten Vorlesungen oder virtuell in MOOCs. ■

Nachdruck aus der GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Nr. 3/2014

Bitte weitergeben

Mehr Geld für die Kitas: Was kommt bei den ErzieherInnen der freien Träger an?

von Christiane Weißhoff, Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Die freien und öffentlichen Träger von Kindertagesstätten erhalten rückwirkend zum 1. Januar 2014 mehr Geld. Im März 2014 wurden die Verhandlungen zwischen der Liga der Wohlfahrtsverbände, dem Dachverband der Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) und dem Senat über eine Erhöhung der Kostensätze abgeschlossen. Außerdem einigten sich die Parteien auf Veränderungen über die »Rahmenvereinbarung zur Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen« (RV Tag). Diese Rahmenvereinbarung gilt sowohl für die freien wie die öffentlichen Träger von Kindertageseinrichtungen. Sie regelt, welche Leistungen die Träger erbringen müssen, die Höhe der Personal- und Sachkosten, die das Land den Trägern zahlt, sowie die Höhe des Eigenanteils, den die Träger erbringen müssen.

Im Jahr 2010 wurde dort festgelegt, dass die Tarifsteigerungen des Tarifvertrages der Länder (TV-L) für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin auch für die Beschäftigten der Kitas und der Kinderläden gelten sollen. Dies ist dann auch geschehen: Sämtliche Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst, auch für die Beschäftigten der Kita-Eigenbetriebe, sind in die Personalkosten der Kostenblätter eingearbeitet worden. Diese Regelung war allerdings bis zum Jahresende 2013 befristet und musste neu verhandelt werden.

Licht und Schatten beim Abschluss

Wie bereits im TV-L vereinbart, erhalten die Träger ab 1. Januar 2014 eine Tariferhöhung von 3,48 Prozent für die Gehälter der ErzieherInnen und LeiterInnen. Alle künftigen Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes werden bis

FOTOS: KAY HERSCHELMANN, OBEN: PEPPI 18/FOTOLIA

2017 übernommen. Hier werden allerdings jeweils 0,5 Prozent abgezogen. Dieser Abzug kann insgesamt viermal durchgeführt werden. Ausgenommen von diesem Abzug sind die Personalkostenerstattungen für die Leitungsanteile und FacherzieherInnen.

Die Erhöhung der Sachkosten

Hinter den Sachkosten verstecken sich Betriebskosten für Einrichtungen, Lebensmittel, Materialkosten, Instandsetzungskosten, Personalkosten für technische und hauswirtschaftliche MitarbeiterInnen, Verwaltungskräfte und pädagogische SachbearbeiterInnen. Diese Kosten für die mittelbare pädagogische Arbeit werden rückwirkend zum 1. Januar 2014 um 3,5 Prozent und ab 2015 um 2,5 Prozent erhöht. Anschließend gibt es immerhin noch einen Inflationsausgleich. Leider ist es in den Verhandlungen nicht gelungen, den Eigenanteil von 7 Prozent, den die Träger erbringen müssen, zu reduzieren. Die Träger bekommen die ausgehandelten Kostenerhöhungen rückwirkend zum 1. Januar 2014 erstattet.

Muss das Geld weitergeben werden?

Leider nein! Die RV Tag verpflichtet die Träger nicht, die Personalkosten, die das Land Berlin zahlt, für die MitarbeiterInnen auszugeben. Folglich sind die freien Träger auch nicht verpflichtet, die Tariferhöhungen weiterzugeben. Für die fünf Kita-Eigenbetriebe gilt das Berliner Tarifrecht, dort werden Tarifgehälter bezahlt. In die RV Tag wurde jedoch eine neue Regelung zur Bezahlung des Personals aufgenommen: »Die Träger stellen eine angemessene und ortsübliche Vergütung ihres pädagogischen Fachpersonals sicher […].« (§ 4 Absatz 4)

Es ist höchste Zeit, dass konkrete Regelungen zur Bezahlung in die RV Tag aufgenommen und die Träger verpflichtet werden, erhaltene Leistungen an die Beschäftigten weiterzugeben. Davon kann bei der vereinbarten Fassung des § 4 Absatz 4 nicht die Rede sein! Diese Regelung ist nur insofern zu begrüßen, als dass sie erstmalig einen Hinweis darauf enthält, dass die Träger nicht völlig beliebig entscheiden können, wie sie ihre Beschäftigten bezahlen. Wenn das Land Berlin meint, »angemessene und ortsübliche Bezahlung« entspräche den tariflichen Regelungen des Landes Berlin, dann muss das Land die Träger auch vollständig ausfinanzieren und sie verpflichten, die Erhöhung der Personalkosten an ihre Beschäftigten weiterzugeben. Viele Probleme bei der Bezahlung von ErzieherInnen bleiben also weiterhin bestehen. »Angemessene und ortsübliche Vergütung« sind unbestimmte Rechtsbegriffe, aus denen sich keine individuellen Ansprüche ableiten lassen. Derzeit können sich individuelle Rechtsansprüche auf mögliche Entgeltsteigerungen nur aus konkreten arbeitsvertraglichen Vereinbarungen oder tarifvertraglichen Regelungen ergeben.

Das bedeutet, dass Beschäftigte bei einem freien Träger nur dann einen Anspruch auf die Weitergabe der Tariferhöhung haben, wenn dies arbeitsvertraglich vereinbart wurde. Dies kann zum Beispiel dadurch geregelt werden, dass die vereinbarten Entgelte auf die geltende Tabelle des TV-L Berlin Bezug nehmen. Die GEW BERLIN wird sich in den nächsten Tarifverhandlungen für eine Erhöhung der Entgelte einsetzen.

Das will die GEW BERLIN

Die Einkommen der ErzieherInnen müssen verbessert werden. Sie erhalten ohnehin keine angemessene Bezahlung, denn auch im öffentlichen Dienst entspricht ihr Einkommen nicht den hohen Anforderungen, die an diesen Beruf gestellt werden. Entgelte, die zum Teil noch deutlich unter den öffentlichen Tarifen liegen, sind nicht akzeptabel. Deshalb fordert die GEW BERLIN die Träger auf, Tarifsteigerungen weiterzugeben. Aber auch das Land Berlin ist in der Verantwortung: Es muss dafür sorgen, dass die Träger so ausfinanziert werden, dass sie in der Lage sind, ein Entgelt entsprechend dem öffentlichen Tarif zu zahlen. Das muss in der Rahmenvereinbarung verbindlich geregelt werden.

Was ist zu tun?

Gemeinsam mit den Beschäftigten aus den Kindertagesstätten wollen wir jetzt überlegen, wie wir unsere Forderung nach einer besseren Bezahlung an das Land Berlin und die Kita-Träger noch deutlicher und lautstärker vertreten können. Kreative Ideen und aktive Mitarbeit sind notwendig, um unserem Ziel näher zu kommen.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Bestellschein: siehe Seite 31

Herausforderung Lehrkräftemangel

Positionsbestimmung der Berliner SchulleiterInnen in der GEW

vom Vorstand der VBS-GEW: Gunilla Neukirchen, Christiane Freund, Lothar Semmel, Ulrich Meuel, Carsten Paeprer, Ronald Ramig

Wir sehen als Vereinigung Berliner SchulleiterInnen in der GEW dem neuen Schuljahr mit extremer Besorgnis entgegen. Die Zahl der einzustellenden Lehrkräfte ist erdrückend, gegenwärtig liegt sie bei 2.700 Stellen, von denen zum 2. Halbjahr erst etwa 700 Stellen besetzt werden konnten. Ebenso erschreckend ist die Tatsache, dass in der Berliner Schule zunehmend LehrerInnen ohne volle Ausbildung eingesetzt werden sollen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Chancen verpasst, um der absehbaren Pensionierungswelle zu begegnen. Jetzt ist die Senatsverwaltung mit einer Reihe von Maßnahmen bemüht, die Versorgung der Schulen sicherzustellen: Ausbau der ReferendarInnenplätze, Vereinfachung der Verfahren zur Übernahme von ReferendarInnen und befristet eingestellten Lehrkräften, Werbung in anderen Bundesländern, Einstellung von QuereinsteigerInnen ohne Referendarsausbildung bis hin zu QuereinsteigerInnen mit nur einem Fach. Dabei wird zunehmend die Entprofessionalisierung unseres Berufsstandes in Kauf genommen.

Hieraus leiten sich folgende Forderungen ab:

1. Wir fordern eine angemessene ReferendarInnenausbildung an den Schulen: Dies ist nur möglich, wenn den Schulen Ressourcen bereitgestellt werden, um ReferendarInnen anleiten und begleiten zu können. Die gegenwärtige Regelung, nach der ReferendarInnen bei einer Unterrichtsleistung von 8 Stunden der Schule mit 7 Anrechnungsstunden zu Buche schlagen, ist völlig unangemessen.

2. Wir fordern einen klaren Maßnahmenplan für die Auswahl und die Qualifizierung von QuereinsteigerInnen: Sie bringen vielfach aufgrund ihrer Ausbildung und ihrer Erfahrung wertvolle Qualitäten in die Schule, aber ihnen fehlt die pädagogische Ausbildung, die in der 1. und 2. Ausbildungsphase erworben wird. Der Beruf einer Lehrkraft ist ein hoch anspruchsvoller Beruf, dessen Ausübung auf einer fundierten Ausbildung mit Praxisphase gründen muss. Wir verwehren uns gegen diese schleichende Entprofessionalisierung unseres Berufs, die auf Kosten der Berliner SchülerInnen geht. Hinzu kommt, dass die vorgesehene Arbeitsbelastung im berufsbegleitenden Referendariat von 19 Stunden, was für eine Lehrkraft im Bereich der Naturwissenschaften 9 Lerngruppen und an die 270 Schüler bedeuten kann, weder für die Quereinsteiger eine gute Ausbildung noch für die SchülerInnen ein gutes Lernangebot sichert.

2.700 Lehrkräfte müssen gefunden werden !

FOTO: G. ALTMANN/PIXELIO.DE

3. Wir fordern eine Stärkung der Grundschulen: In Grundschulen ist das Problem der fehlenden Lehrkräfte aufgrund des hohen Anspruchs im Anfangsunterricht besonders gravierend. QuereinsteigerInnen können aufgrund ihrer starken fachlichen Ausrichtung und fehlenden pädagogischen Ausbildung nur selten sinnvoll eingesetzt werden. Hinzu kommt, dass die Situation auch deshalb bedenklich ist, weil die Zahl der Studierenden auf das Lehramt Grundschule deutlich geringer ist als die Zahl derer, die für die Oberschule ausgebildet werden. Damit fehlt hier auch perspektivisch der Nachwuchs, gerade in der Schulform, in der die Weichen für den Bildungserfolg gestellt und im doppelten Sinne Chancen vergeben werden.

4. Unter dem Lehrkräftemangel haben besonders die Schulen zu leiden, die als

Brennpunktschulen/Bonusschulen hohe Anforderungen an die Lehrkräfte stellen: Eine Versorgung mit qualifizierten Lehrkräften muss sichergestellt werden. Dafür muss durch die Verwaltung eine Strategie entwickelt werden, die auch Anreize beinhalten muss (zum Beispiel kleinere Lerngruppen, Absenkung der Unterrichtswochenstundenzahl, Bereitstellung von Unterstützung für BerufsanfängerInnen).

Berlin wird die Pensionierungswelle nur ohne Qualitätseinbuße bewältigen können, wenn es gelingt, die hier ausgebildeten HochschulabsolventInnen und Lehrkräfte in der Stadt zu halten und kompetente Lehrkräfte aus anderen Bundesländern an die Stadt zu binden. Es ist deshalb nicht mehr nachzuvollziehen, dass in einer Zeit, in der andere Bundesländer neue Anreize schaffen, um Lehrkräfte zu gewinnen, in Berlin den Lehrkräften nicht einmal ein gesicherter Tarifvertrag angeboten wird.

Nachwuchslehrkräfte brauchen eine gute Ausbildung, Begleitung in ihren ersten Jahren, sicheres Arbeitsverhältnis und eine Bezahlung, die denen der anderen Bundesländer voll entspricht. Solange es Berlin nicht auf Dauer gelingt, dies zu gewährleisten, stehen alle Maßnahmen, die der Berliner Senat zur Versorgung der Schulen trifft, auf tönernen Füßen. ■

Praktikum bei VERA

Mehr als nur eine Unterrichtserfahrung für die Lehramtsstudierenden

FOTO: PRIVAT

von Ryan Plocher, Sprecher der Jungen GEW

Schon wieder ist es Frühling in Berlin: die Vögel zwitschern, die Bäume blühen und die Lehrkräfte der 3. und 8. Jahrgänge dürfen ihren SchülerInnen die alljährlichen Vergleichsarbeiten (kurz: VERA) abnehmen. Eine Freude, die sowohl bei den SchülerInnen als auch den LehrerInnen einen äußerst faden Beigeschmack besitzt. Das hat mehrere Gründe.

Die Tests beweisen zum Einen nur, was schon eindeutig bewiesen ist: Lernende mit akademischen Hintergrund sind leistungsstärker als Lernende ohne akademischem Hintergrund. Die Tests wirken dabei besonders demotivierend bei den Leistungsschwächeren. Der allgemeine Charakter der Tests entspricht nicht den Lernsituationen der jeweiligen Schulen und der Lernenden und ist in der Regel unangemessen und sagt wenig über den tatsächlichen Leistungsstand aus. VERA stellt damit eine ungeheure Zumutung da, weil sie den SchülerInnen viel Kraft abverlangen und für die LehrerInnen einen erheblichen Aufwand bedeuten.

Nun ist es ja nichts Neues, dass den SchülerInnen und ihren LehrerInnen Dinge abverlangt werden, deren pädagogischer Zweck umstritten ist. VERA geht aber einen Schritt weiter und wird dadurch zu einer besonders finsteren Regenwolke am sommerlichen Berliner Himmel. Das durch VERA verursachte Ranking der Schulen erhöht die Konkurrenz der Schulen um die leistungsstarken Akademiker-Kinder und fördert somit schulische Segregation. Die Einzigen, die von dieser »Forschungsarbeit« profitieren, sind das IQB und die Testhersteller.

Wehret den AnfängerInnen

Anstatt VERA einfach zur Gänze in der Spree zu versenken und damit das Unheil ein für alle Mal von unseren Schulen freizuhalten, mache ich folgenden verrückten, aber ernst gemeinten Vorschlag: Die unbezahlte Mehrarbeit sollte von denjenigen gemacht werden, die bald in Berlin unbezahlt an den Schulen arbeiten: von den PraktikantInnen.

In nächster Zeit gibt es in Berlin ein Praxissemester für Studierende. In dieser Zeit hospitieren und unterrichten diese vermutlich (unter Anleitung) an Berliner Schulen. Da die PraktikantInnen nicht so viele Unterrichtsstunden übernehmen werden können, bietet VERA eine ideale Möglichkeit für die AnfängerInnen, Verantwortung zu übernehmen und knisternde Unterrichtsluft zu schnuppern. Das macht VERA zwar nicht besser, aber immerhin hat es dann mindestens zweierlei positive Effekte: Studierende lernen etwas und die Profis werden entlastet. Bedenken sind völlig unnötig. Erstens hat VERA festgelegte Antworten und keinen Interpretationsspielraum. Die Zeugnisse der SchülerInnen werden davon nicht beeinträchtigt. Die PraktikantInnen können VERA nicht »falsch« benoten. Sie schreiben zwar keine Klausuren, machen aber mit VERA die Erfahrung eines langen Korrekturwochenendes.

Forschung zum Anfassen

Auch die Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte wird dadurch verbessert. Die Studierenden erfahren mit der Durchführung und Benotung von VERA die empirische Erziehungswissenschaft am eigenen Leibe. Anstatt 30 SchülerInnen für eine von niemandem gelesene Masterarbeit zu befragen, nehmen sie an der Umsetzung einer möglicherweise für die Bildungspolitik maßgeblichen Untersuchung teil.

Zu guter Letzt lernen die LehrerInnen der Zukunft dadurch eine bedeutende Lektion in Sachen Sinn und Unsinn pädagogischer Institutionen. Es ist nicht alles wichtig und zielführend, was man in der Schule so macht, es ist aber wichtig, das zu wissen und demnach das wirklich Wichtige vom Unwichtigen unterscheiden zu können. Zum Beispiel, dass VERA eigentlich doch in die Spree gehört. ■

Lernerfolg und Bildungspolitik

Warum die sächsischen SchülerInnen so gut sind

FOTO: PRIVAT

von Uwe Preuss, Chefredakteur der sächsischen GEW-Zeitschrift

Die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis90/Grüne) lud am 14. März 2014 zu einer Gesprächsrunde nach Berlin, die sich mit der Frage befasste: »Was kann die Politik von der Bildungsforschung lernen?« Ausgehend von den Ergebnissen des IQB-Ländervergleiches 2012 (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) ging es hier um die Frage, warum alle ostdeutschen Bundesländer bei den Naturwissenschaften die Spitzenposition einnehmen, allen voran Sachsen. Interessant hierbei war, dass selbst beim schlechten Abschneiden der »neuen« Bundesländer im Fach Englisch im Jahr 2009 die Reihenfolge innerhalb dieser Länder fast gleich blieb, Sachsen wieder vorn. Interessiert hatte die Forscher aber vor allem die Frage, warum die Sachsen den SchülerInnen in Mecklenburg-Vorpommern fast ein ganzes Schuljahr voraus sind, kann man doch davon ausgehen, dass bestimmte Faktoren (Ausbildung und Alter der Lehrkräfte, Schulstruktur, Bildungsinhalte, soziale Herkunft der Schüler) bis 1989 fast identisch waren.

Die Ergebnisse räumen mit einem Erklärungsmodell konsequent auf. »Der Osten hat ja viel weniger Kinder mit Migrationshintergrund«. Die Studie wies nach, dass der Osten auch dann vorn liegt, nimmt man nur ProbandInnen mit Deutsch als Muttersprache. Der zweite interessante Punkt war, dass es offenbar keine relevanten Zusammenhänge zwischen der schwierigeren sozialen Lage im Osten und den Schulleistungen gibt. Sachsen-Anhalt mit problematischen Sozialdaten hätte zum Beispiel deutlich schlechter abschneiden müssen als zum Beispiel Hamburg – das Gegenteil ist der Fall. Daraus resultierte die überaus interessante Frage: Wie schafft es zum Beispiel Sachsen – laut Studie – den Leistungserfolg von der sozialen Herkunft der Kinder zu entkoppeln, das heißt ein im Ländervergleich durchaus gerechteres Schulsystem zu schaffen? Darauf gaben die Wissenschaftler in dieser Runde keine Antwort, was ein Manko dieser Veranstaltung war. Offenbar hat das IQB sich vor allem damit befasst, vergleichende Daten bereitzustellen.

Übrigens, die Wissenschaftler um Pant wendeten sich ausdrücklich gegen das immer wieder – vor allem medial und öffentlich – vorgenommene Ranking. Es dürfe nicht darum gehen, GewinnerInnen und VerliererInnen zu outen, sondern darum, inwieweit SchülerInnen den geltenden Bildungsstandards gerecht werden. Gleichzeitig erfuhr der interessierte Gesprächsrundenteilnehmer, dass diese Bildungsstandards in Deutschland noch lange nicht komplett ausdefiniert sind. (Anmerkung: der Kleinstaaterei sei Dank!) Aber damit entfällt auch eigentlich der Grund zum Jubel bei den LandespolitikerInnen, wenn die Ergebnisse wieder einmal positiv sind. Ein Zusammenhang zwischen deren Handeln und dem Lernerfolg ergibt sich nämlich an keiner Stelle solcher und vergleichbarer Studien.

Einige Zahlen sind aber dann doch alarmierend. 25 Prozent aller NeuntklässlerInnen (in Deutschland) liegen in Mathe unter dem Mindeststandard und verfügen somit über die Fähigkeiten von ViertklässlerInnen. Auch wenn Sachsen mit etwa 11 Prozent hier deutlich besser ist, gibt es viel zu tun.

Zwei ausgewählte Fragestellungen waren für mich sehr interessant:

1. Gelingt ein höherer Lernerfolg, wenn die Kinder von im Fach ausgebildeten LehrerInnen unterrichtet werden? Hier war die Aussage deutlich bejahend. Bei Nicht-FachlehrerInnen liegen die SchülerInnen fast ein halbes Schuljahr zurück. Daraus könnte die Bildungspolitik natürlich Schlüsse ziehen: Es macht keinen Sinn, den hundertsten Gemeinschaftskunde-Lehrer einzustellen, wenn man eigentlich Mathe/Physik braucht. Und dies muss sich auch öffentlich herumsprechen. Ich halte es für Steuerverschwendung, wenn man weiterhin noch tausend GemeinschaftskundelehrerInnen ausbildet, die nicht wirklich gebraucht werden.
2. Es ging darum, ob Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förder- oder Regelschulen bessere Erfolge erzielen. Auch hier gab es klare Antworten. An den Regelschulen waren diese Kinder ein halbes Schuljahr voraus. Doch leider gab es selbst auf vermehrte Nachfrage keine Aussagen dazu, welche Unterstützungssysteme an den Regelschulen dazu existierten. Allerdings ist davon auszugehen, dass man – so wie Sachsen es gern hätte – Inklusion wirklich nicht zum Nulltarif bekommen kann. Auch dies ein Hinweis an die Verantwortlichen in den Ländern.

Zwei persönliche Anmerkungen: Hans-Jürgen Kuhn, Sprecher der Bundes-AG Bildung, verwies mehrfach darauf, welch »großen Schatz man doch an den extrem gut ausgebildeten DDR-Lehrern« habe. Was eigentlich ein Wertschätzung sein könnte, bekommt einen bitteren Nachgeschmack, bedenkt man, wie zu Beginn der 1990er Jahre mit der »Anerkennung« unserer Abschlüsse und der daraus resultierenden Eingruppierung verfahren wurde. Und – um ehrlich zu sein, ich hatte mich nicht getraut, öffentlich die Frage zu stellen, ob es denn in der Art des Herangehens ostdeutscher LehrerInnen liegen könne, dass die Ergebnisse in den fünf »neuen« Ländern besser seien. In der Pause habe ich Pant dann doch gefragt. Die Antwort war ein verschmitztes Lächeln und der Satz: »Das würde ich zu gern mal untersuchen«. Wir haben unseren SchülerInnen eben frühzeitig beigebracht, wie man den eigenen Namen schreibt — und nicht tanzt!

Erschienen in der April-Ausgabe 2014 der Mitgliederzeitschrift der GEW Sachsen (leicht gekürzt).

Ready Steady Go

Ein biografisches Planspiel zur Berufsvorbereitung des DGB

FOTO: KAY HERSCHELMAN

von Manfred Triebe, Experte für das Fach Arbeitslehre

Ludwigshafen im Februar 2014, 8 Uhr. Knapp 40 SchülerInnen der Berufsbildenden Schule Wirtschaft 1, die sich auf einen Schulabschluss vorbereiten, warten auf den Start von Ready Steady Go. Auf einem Projekttag wurden sie intensiv auf das biografische Planspiel zur Bewerbung um einen Ausbildungsplatz vorbereitet. Die Bewerbungsmappen mit Bewerbungsschreiben, Lebenslauf, Wunschlebenslauf, Zeugnissen, Praktikumszertifikaten sind komplett. Es kann losgehen. Am Checkpoint werden die Jugendlichen verteilt auf die mitspielenden Firmen. Wenn Unklarheiten bestehen oder die Unterlagen unvollständig sind, geht es zur Beratung, zur Arbeitsagentur oder zu einem zusätzlichen Einstellungstest. Eine pfiffige Organisation sorgt dafür, dass pro Station höchstens zwei Jugendliche in der Warteposition sind. Ein Vorstellungsgespräch oder eine Beratung dauert exakt 15 Minuten.

Das Planspiel Ready Steady Go wurde vom DGB Südwest entwickelt und ist für die Schulen kostenlos abrufbar. Anders als »Spiel das Leben« oder das Online Planspiel »Joblab« zeichnet es sich durch Realitätsnähe aus. Im Planspiel verlassen die SchülerInnen sehr schnell das Spielgefühl simulierter Gespräche und nähern sich dem Ernstcharakter eines echten Bewerbungsgespräches an. Wir konnten erleben, wie die SchülerInnen im Laufe des Vormittags in der Realität authentischer Vorstellungsgespräche ankamen und von Station zu Station »wuchsen«.

Nach der Begrüßung folgt die Einweisung. Je nach Lage in der Bewerbungsmappe werden die Jugendlichen entweder gleich zu Bewerbungsgesprächen geschickt oder müssen sich bei der Bundesagentur zum Korrigieren und Überarbeiten ihrer Bewerbungsschreiben, zu Einstellungstests oder zur Schullaufbahnberatung begeben.

Beim Bewerbungsgespräch geht es richtig zur Sache. Ein realer Personalverantwortlicher einer Firma, beispielsweise Metro oder Drogeriemarkt, führt das Gespräch. Timo legt seine Bewerbungsmappe vor und wird dann zum angestrebten Beruf befragt. Aber Timo hat sich schlecht vorbereitet. Er will Industriekaufmann werden, hat aber überhaupt keine Vorstellung davon, was ihn in diesem Beruf erwartet. Irgendwas mit verkaufen ist dem Personaler zu wenig. Trotzdem lobt er erstmal die für einige Berufe der Firma guten Zensuren und breitet die Palette der von ihr angebotenen Ausbildungsberufe aus, fragt nach und versucht, die Interessen und Wünsche von Timo herauszulocken. Schließlich bietet er ihm einen Praktikumsvertrag an. Da kann Timo in verschiedenen Abteilungen seine Vorstellungen prüfen und konkretisieren. Zum Abschluss ein sehr persönliches Feedback: »Dein etwas schwacher Händedruck bei der Begrüßung hat noch Entwicklungsmöglichkeiten. Der erste Eindruck ist oft entscheidend und dazu gehört unter anderem auch ein fester Händedruck.« Das alles in einem freundlichen, zugewandten Ton. Timo ist zwar etwas verunsichert, freut sich aber auf das Praktikum.

Nicht so einfach zu bekommen!

FOTO: M. SIEFKE/ PIXELIO.DE

Murat will unbedingt zur Polizei. Zwar hat die Polizei an diesem Tag kurzfristig abgesagt, es gibt aber eine Station mit einer Personalverantwortlichen, die sich mit den Voraussetzungen und Bedingungen bei der Ausbildung für die Polizei bestens auskennt. Offiziell vertritt sie eine Mädchenwerkstatt. Die junge Frau mit Kopftuch macht dem Bewerber in kurzer Zeit klar, dass er mit seinen Zeugnissen selbst für den mittleren Dienst keine Chancen hat. Da muss er noch einiges nacharbeiten. Dies in einem freundlichen, zugewandten Ton. Murat kann diese für ihn nicht erfreulichen Informationen trotzdem annehmen. Ich hatte den Eindruck, er weiß jetzt, was er zu tun hat, wenn er sein Ziel erreichen will. Zum Abschluss fragt die Leiterin der Mädchenwerkstatt nach einer Schwester von Murat und empfiehlt ihm, sie doch mal vorbei zu schicken.

Ayse steht einer Filialleiterin der Drogeriemarktkette dm gegenüber. Die ist deutlich unter 30 Jahre alt und signalisiert damit unausgesprochen, welche Aufstiegschancen junge Menschen bei ihrer Firma haben. Sie schildert den Alltag in einem Drogeriemarkt anschaulich. Ayse hat sich auf das Gespräch gut vorbereitet und so hält sie am Ende des Gespräches tatsächlich einen Ausbildungsvertrag in der Hand.

Natürlich sind die angebotenen Verträge bei Ready Steady Go keine realen Verträge. Für die BewerberInnen wird aber deutlich, wie es um ihre Chancen für einen Ausbildungsplatz steht und wo die Defizite liegen.

Ready Steady Go richtet sich an SchülerInnen ab 14 Jahre der allgemeinbildenden Schulen und an junge Menschen in der Phase des Übergangs von der Schule in die Ausbildung. Die GEW BERLIN wird insbesondere mit der Fachgruppe ISS über Ready Steady Go in einer Veranstaltung detailliert informieren. ■

Eine Stunde reicht nicht

In den Sekundarschulen wird zu wenig Geschichte unterrichtet

von Rudolf Rüter, Pro Geschichte

Es wiederholt sich immer wieder: Wenn am 27. Januar der Holocaust-Opfer gedacht wird, wenn am 1. September und 8./9. Mai vom Zweiten Weltkrieg die Rede ist, wenn am 9. November und an vielen anderen Gedenktagen an Vergangenes erinnert wird, immer wird in zahllosen Reden angemahnt, aus der Vergangenheit zu lernen. Immer wieder wird betont, dass die Kenntnis der Geschichte eine wesentliche Voraussetzung für eine sinnvolle Gestaltung der Zukunft ist. Gerne wird dann auch von den Aufgaben der Schulen gesprochen.

Was sagt der Rahmenplan?

Aber was leistet die Berliner Schule, um den SchülerInnen zu verdeutlichen, wieso sich unsere Geschichte von der anderer europäischer Völker erheblich unterscheidet, wieso unser Land in beiden Weltkriegen im Mittelpunkt stand, wieso unsere erste Demokratie spät entstand und früh scheiterte oder warum viele Menschen die Europäische Union für eine Erfolgsgeschichte halten?

Der gültige Rahmenlehrplan für das Fach Geschichte in der Sekundarstufe I sieht zahlreiche Unterrichtseinheiten beginnend mit dem »Leben im Mittelalter« bis zu den »Aktuellen weltpolitischen Problemfeldern« vor. Erste Zweifel daran, ob der Geschichtsunterricht in Berlin den Postulaten aus den Gedenkreden einigermaßen entspricht, kommen auf, wenn man im Inhaltsverzeichnis des Rahmenlehrplanes das Wort Nationalsozialismus vergeblich sucht. Erst in den Erläuterungen zum Themenfeld »Demokratie und Diktatur« ist davon die Rede. Nach einigen didaktischen Hinweisen werden Nationalsozialisten und Bolschewiki oder Stalinisten als Feinde der Demokratie aufgezählt und das »jeweils Singuläre des Holocaust und des Gulag« erwähnt. Dass deutsche Schulen sich mehr mit dem Nationalsozialismus als dem sowjetischen Stalinismus befassen sollten, kann man diesem Text nicht entnehmen.

Didaktisch-methodische Hinweise nehmen in den Rahmenlehrplänen einen breiten Raum ein. Es werden anspruchsvolle Kompetenzen, differenziert nach drei unterschiedlichen Leistungs- und Anforderungsstufen, aufgezählt, die die SchülerInnen erlangen sollen. Ergänzend zu den ambitionierten Unterrichtszielen wird Methodenvielfalt gefordert.

Sekundarschulen besonders betroffen

Der Unterrichtsalltag sieht anders aus, denn für die anspruchsvollen Lernziele und einen effektiven und interessanten Unterricht fehlt die wichtigste Grundvoraussetzung: Unterrichtszeit. Die Berliner Gymnasien sind in der Sekundarstufe I noch in einer vergleichsweise erträglichen Situation. Ihnen stehen für die Fächerkombination Geschichte/Sozialkunde (2/3 Geschichte, 1/3 Sozialkunde) zwei Unterrichtsstunden pro Woche zur Verfügung. Auch das ist angesichts der anspruchsvollen Vorgaben nicht viel. Deutlich schlechter steht es um den Geschichtsunterricht an den Sekundarschulen. Hier hat man für Geschichte, Sozialkunde und Geografie insgesamt zwei oder drei Stunden, je nach dem, für welches der vorgegebenen Stundentafelbeispiele sich eine Sekundarschule entscheidet. Vermutlich haben die meisten Sekundarschulen das Stundentafelbeispiel 1 mit dem Schwerpunkt »Wirtschaft, Arbeit, Technik« gewählt. Diese Stundentafel sieht für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften (bestehend aus drei Fächern!) nur zwei Stunden vor. Sehr viele SchülerInnen verlassen also die allgemein bildende Schule und haben in den Klassen 7 bis 10 im Schnitt weniger als eine Wochenstunde Geschichtsunterricht erhalten. Die anderen Stundentafeln sehen für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften drei Stunden pro Woche vor, was im Schnitt eine oder höchstens etwas mehr als eine Stunde Geschichtsunterricht pro Woche bedeutet. Damit ist das Fach Geschichte zu einer Marginalie geworden, es hat nur noch eine Alibifunktion. Geschichtsunterricht findet zwar noch statt, aber die Ergebnisse können unter diesen Bedingungen nur völlig unzureichend sein.

Ethik und Geschichte

Den Kritikern dieser Zustände wird oft entgegengehalten, dass das Fach Ethik Defizite des Geschichtsunterrichts aufarbeiten und verringern könnte. Die Lektüre des Rahmenlehrplans Ethik macht aber deutlich, dass das nicht stimmt, denn der Ethikunterricht hat eindeutig andere Aufgaben. Laut Auskunft der Senatsbildungsverwaltung ist ein neuer Rahmenlehrplan Geschichte in Arbeit, der noch in diesem Jahr fertig gestellt und der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll. Der Verein »Pro Geschichte« will deutlich machen, dass die Überarbeitung des Rahmenlehrplanes durch eine Veränderung der Stundentafel ergänzt werden muss. Zwei Wochenstunden sind dringend erforderlich.

PRO GESCHICHTE

Das Unterrichtsfach Geschichte braucht eine Lobby: Deshalb wollen Lehrkräfte den Verein »Pro Geschichte« gründen. Der Verein will zu dem neuen Rahmenlehrplan kritisch, konstruktiv und orientiert am Unterrichtsalltag Stellung nehmen und sich besonders für eine Aufstockung der Unterrichtszeit einsetzen. Zwei Wochenstunden Geschichtsunterricht sind unverzichtbar. Der Verein sucht noch Mitstreiter!
Kontakt: progeschichte@gmx.de

Berlin immer niveauloser

Statt über die SchülerInnen zu jammern, bitte mehr Ausbildungsplätze schaffen

von Tom Erdmann, Pressesprecher der GEW BERLIN

Berlin senkt Ansprüche an den Schulabschluss«, titelte der *Tagesspiegel* am 8. Mai 2014. Die Anforderungen an den Mittleren Schulabschluss (MSA) und an die Berufsbildungsreife (BBR, ehemals Hauptschulabschluss) seien derart gesenkt worden, dass »Durchfallen fast unmöglich« werde. Von einem »Niveaulimbo« sprach Harald Martenstein in einem Kommentar. Frei nach dem Prinzip: Gehen die Schülerleistungen weiter herunter, senken wir die Ansprüche.

Was ist dran am Niveaulimbo?

Um es vorwegzunehmen: Berlin kann nicht eigenmächtig die Anforderungen bei den zentralen Prüfungsaufgaben senken. Diese legen die KultusministerInnen der Länder in der Kultusministerkonferenz fest. Durch Einführung einer fünften Prüfungskomponente und die Verkürzung der Schulzeit für die GymnasiastInnen um ein Jahr sind die Anforderungen eher gestiegen. Tatsächlich senkte die Bildungsverwaltung aber die Anforderungen an die Jahrgangsnoten, die für das Bestehen des MSA genau so entscheidend sind, wie die zentralen Prüfungen selbst.

Bis zum Jahr 2010 benötigten die SchülerInnen insgesamt 90 Notenpunkte aus dem Jahrgangsteil. Heute, an der Integrierten Sekundarschule (ISS), nur noch 56. An einigen Schulen kritisierten die PädagogInnen, dass leistungsschwächeren SchülerInnen mit ihren Jahrgangsnoten ein dem MSA entsprechendes Leistungsniveau bescheinigt würde, obwohl die Prüfungsarbeiten nicht zu bestehen sind. Darauf änderten sie ihre internen Regelungen, welche Noten(punkte) es bei wieviel Prozent der geforderten Leistungen gab. Die PädagogInnen wollten damit die Hürden für den Jahrgangsteil ähnlich hoch behalten wie vor der Schulreform. Eine Schülerin der Rudower Clay-Schule beispielsweise, die siebzig Prozent der geforderten Leistungen zeigte, erhielt im Jahr 2010 die Note Zwei minus (zehn Notenpunkte). Heute erhält sie für die siebzig Prozent lediglich eine Drei (acht Notenpunkte).

Doch hinter dieser Bildungsbürokratie kann man schnell vergessen, worum es allen Beteiligten eigentlich gehen sollte. Etwa die Hälfte der SchülerInnen lernt weiter an einer Oberstufe, die andere Hälfte will einen Ausbildungsberuf ergreifen. Es muss allen darum gehen, dass die SchülerInnen die größtmöglichen Chancen auf einen guten Ausbildungs- oder Studienplatz nach ihrer Schulzeit haben. »Wichtig ist doch, dass die Schülerinnen und Schüler gut vorbereitet diesen Übergang bewältigen. Zentrale Prüfungen führen aber zu ›Teaching to the test‹ und bereiten nicht besser vor«, so die Berliner GEW-Vorsitzende Sigrid Baumgardt.

Zentrale Prüfungen selektieren und beschränken die Durchlässigkeit. »Ist der Zusammenhang von Prüfungen und besserem Übergang in den Beruf oder ins Studium überhaupt nachgewiesen?«, spitzt Baumgardt die Problemlage zu. Um im Berufsleben zu bestehen, sind neben der Bewältigung von Prüfungen viele andere Faktoren und Kompetenzen gefragt. Auch diesen Herausforderungen muss sich Schule stellen und auch diese müssten Eingang in Prüfungsformate finden. »Deswegen müsste weiterhin den Jahrgangsnoten eine größere Relevanz für den MSA zukommen«, so Baumgardt.

Was müssen AbgängerInnen können?

Um zu erfahren, wie Betriebe, die nach der Schulzeit für die SchülerInnen verantwortlich sind, über deren angeblich schlechtes Bildungsniveau denken, fragte ich vor drei Jahren Norbert Giesen, Ausbildungsleiter bei der Siemens AG. »Das fehlende Fachwissen lernen sie hier bei uns«, winkte Giesen ab. Stattdessen legt er großen Wert auf Teamfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Problemlösekompetenz. BewerberInnen sollen zwar schon den Flächeninhalt eines Kreises berechnen oder einen Bericht fehlerfrei verfassen können. Giesen und seine KollegInnen nehmen die Jugendlichen aber so an, wie sie kommen – die oben genannten »soft skills« sollten sie aber mitbringen.

Schulen müssen beraten (können)

Wer einen MSA hat, muss nicht unbedingt auf die Oberstufe gehen, auch wenn es möglich ist. Unternehmen müssen dann aber auch Ausbildungsplätze schaffen, die SchülerInnen mit MSA oder BBR gute und attraktive Berufe ermöglichen. Vor einem Jahr ärgerte ich mich über die Stellenanzeige eines Backwarenverkäufers: »Aushilfskraft gesucht – Nur Abiturienten oder Studenten«. Warum werden für eine Aushilfstätigkeit nur angehende AkadamikerInnen eingestellt? Welche Chance erhalten AbgängerInnen mit ihrem BBR oder MSA? Eine Anfrage der Grünen im Abgeordnetenhaus ergab, dass für die 1.500 Menschen, die im Oktober 2013 noch einen Ausbildungsplatz suchten, weniger als 700 unbesetzte Stellen angeboten wurden. Es fehlen also über 800 Ausbildungsplätze! Damit die Abschlüsse MSA und BBR eine wirkliche Alternative für Schulabgänger sind, muss die Wirtschaft in Berlin genügend Ausbildungsplätze für diese jungen Menschen bereithalten. Dann können Schulen ihrer pädagogischen Verantwortung wirklich gerecht werden und die SchülerInnen beraten. Dann haben die jungen Menschen eine wirkliche Wahl zwischen einem guten Ausbildungsplatz oder einem Abitur. Dann werden diejenigen, die nur ganz knapp den Sprung in die Oberstufe geschafft haben, sich überlegen, ob sie das Risiko eingehen, beim Abitur oder noch davor zu scheitern und somit drei oder gar noch mehr Jahre zu vergeuden. ■

Niemand will sie haben

Inklusion auch für Kinder mit störendem Verhalten

FOTO: PRIVAT

von Brigitte Schumann, Bildungsjournalistin

In der Wahrnehmung von LehrerInnen gelten Kinder und Jugendliche mit störendem Verhalten wahrlich nicht als Bereicherung für den Unterricht, sondern als Belastung für MitschülerInnen und Lehrkraft. Die Vorstellung, dass auch für SchülerInnen mit sozial auffälligen, aggressiven Verhaltensweisen die allgemeinen Schulen mit ihren meist großen Klassen und der Vielzahl von Problemen zum Regelförderort werden sollen, beunruhigt die Lehrerkollegien, vor allem weil die Landesregierungen es an konkreter Unterstützung für die Schulen fehlen lassen. Zeigt nicht der Schulalltag, dass schon ein einziger schwieriger Schüler – meistens ist er ja männlich – den gesamten Unterricht »auseinandernehmen« kann? Auch Eltern haben Zweifel und Ängste, wenn sie sich vorstellen, dass ihr Kind gemeinsam mit Kindern lernt, die zu aggressivem und gewalttätigem Verhalten neigen. Bei den Peers sind sie auch nicht besonders beliebt. Kurz, niemand will sie eigentlich haben.

Bewusstseinswandel gefragt

Weder in der öffentlichen Meinung noch in Lehrerzimmern werden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung als Auffangmöglichkeit für diese Gruppe kritisch hinterfragt und infrage gestellt. Im Gegenteil, die Exklusionsquote der Kinder und Jugendlichen mit emotionalen und sozialen Entwicklungsstörungen ist in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Dabei müsste es eigentlich unmittelbar einleuchten, dass Kinder und Jugendliche mit erheblichen emotionalen und sozialen Verhaltensproblemen sich wechselseitig in ihrem Sozial- und Leistungsverhalten negativ beeinflussen, wenn sie ausschließlich unter sich bleiben. Es gibt dementsprechend auch keine statistischen Belege, dass einer nennenswerten Zahl von SchülerInnen die Rückkehr in das allgemeine Schulsystem gelingt. Bezüglich der Schulleistungen können auch aktuelle Studien von Professor Klaus Klemm keinen Nachweis erbringen, dass der Förderschulbesuch zu erfolgreichen Schulabschlüssen führt.

Hinter der Ablehnung von Kindern mit aggressiven und destruktiven Verhaltensweisen verbirgt sich nicht selten die Vorstellung, dass diese selbst das Problem sind. Sie werden als »schwierige Kinder« und nicht als »Kinder mit Schwierigkeiten« und massiven Lebensproblemen wahrgenommen. Mit dieser personenbezogenen Sichtweise werden die Ursachen für Verhaltensauffälligkeiten, für Aggression und Gewalttätigkeit unmittelbar den Betroffenen selbst zugeschrieben. Damit lassen sich auch in Schulen gesellschaftliche, familiäre und schulische Kontextfaktoren für auffälliges Verhalten ausblenden. Die Gefahr besteht besonders dann, wenn LehrerInnen zu wenig über die konkreten ökonomischen, sozialen, psychischen und gesundheitlichen Erschwernisse von Familien in prekären Lebenslagen wissen, aus denen Kinder mit emotionalen Entwicklungsproblemen meistens kommen. Lehrkräfte, die von dem Konstrukt des »schwierigen Kindes« ausgehen, haben mit dem »Fehlverhalten« auch nur insofern etwas zu tun, als sie das störende Verhalten ertragen müssen. Ursächlich oder beziehungsmäßig halten sie sich dagegen für unbeteiligt. Ihre pädagogischen Maßnahmen zielen folglich darauf, allein das Verhalten der SchülerIn zu verändern. Scheitern sie damit, liegt auch die Ursache dafür bei dem oder der Betroffenen. Die Förderschule hat es dann zu richten.

Hinter Destruktion und Aggression verbergen sich Bindungs- und Beziehungsmangel. Die Neurowissenschaft hat nachgewiesen, dass »der Wunsch, sozial akzeptiert und in einer Gemeinschaft integriert zu sein, ein zentrales menschliches Triebziel darstellt«, so der Neurologe Professor Joachim Bauer. Die Konstruktion des Gehirns ist auf Zusammenhalt, Fairness und Kooperation ausgelegt: »Zu kooperieren, anderen zu helfen und Gerechtigkeit walten zu lassen, ist eine global anzutreffende, biologisch verankerte Grundmotivation des Menschen.« Neurobiologische Experimente haben zur Erkenntnis geführt, dass soziale Zurückweisung, Ausgrenzung und Verachtung aus Sicht des Gehirns wie körperlicher Schmerz wahrgenommen werden: »Wenn die Schmerzgrenze eines Lebewesens tangiert wird, kommt es zur Aktivierung des Aggressionsapparates und zu aggressivem Verhalten.«

Nichts ist ohne Kontext

Kinder und Jugendliche mit aggressivem Verhalten wachsen häufig in überforderten Familien in prekären Lagen auf, wo sie wenig Zuwendung erfahren und keine Bindung und kein Vertrauen entwickeln können. Diese Kinder haben ein großes Anerkennungsdefizit und ein schwaches Selbstwertgefühl. Sie sind besonders verletzlich und entwicklungsgefährdet. Ihre persönliche Schmerzgrenze in Alltagssituationen ist schneller erreicht als die von Menschen, die diesen Mangel nicht erlitten haben. Hier wird deutlich, wie unerlässlich begleitende, protektive Hilfen für Kinder und Eltern in sozial benachteiligten Lebenslagen besonders in den ersten Jahren der frühkindlichen Entwicklung sind.

»Nichts ist ohne Kontext« ist der Titel eines Buches von Professor Winfried Palmowski, in dem er für eine systemische Pädagogik eintritt. Der systemische Grundgedanke geht davon aus, dass der Sinn von Verhalten erst im Kontext deutlich wird. Systemische Pädagogik richtet ihre Aufmerksamkeit auf Beziehungen und deren Muster und schließt damit auch Schule und Lehrerverhalten ein.

Für das deutsche Schulsystem ist hinlänglich nachgewiesen, dass die schul-

strukturell verankerten Selektionsmechanismen eine Vielzahl von Beschämungs- und Diskriminierungstatbeständen hervorrufen. Schlechte Noten, Klassenwiederholungen, Abschulungen, Förderschulzuweisungen treffen vor allem Kinder, die besonders verletzlich sind. Schon sehr früh werden sie im Schulverlauf zu Versagern, Schulverweigerern und Außenseitern, wo sie doch so dringend den Zuspruch gebraucht hätten, dass sie so, wie sie sind, dazugehören. Einmal mehr zeigt sich, dass die Transformation des gegliederten Schulsystems zu »einer Schule für alle« nicht ausgeklammert werden darf, wenn das Ziel der Inklusion gelingen soll. Nicht zuletzt ist es die schulische Selektionsfunktion, die LehrerInnen darin behindert, Verhaltensstörungen als Beziehungs- und Kommunikationsstörungen zu erfassen und herauszufinden, was das Thema des verletzlichen Kindes ist.

In einer von Professor Ulf Preuss-Lausitz geleiteten interdisziplinären Studie über die integrative Förderung von verhaltensauffälligen Kindern wurde über eine mehrjährige Erhebung im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung die Praxis in Berlin erforscht. Dort erfolgt die sonderpädagogische Förderung im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung ganz überwiegend innerhalb der allgemeinen Schulen. Der 2005 veröffentlichte Forschungsbericht über das Projekt unterstreicht, dass der Berliner Weg mit dem Verzicht auf Förderschule eine richtige Entscheidung ist. Die Förderung verhaltensschwieriger SchülerInnen an allgemeinen Schulen muss allerdings begleitet werden durch systemisch angelegte pädagogische und bildungspolitische Maßnahmen. So stellt die Studie auch die positiven Effekte der Doppelbesetzung für die Verringerung von Unterrichtsstörungen und die Verstärkung von aufgabenbezogenem Verhalten heraus. Für den Primarbereich werden Klassenfrequenzen von nicht über 20, im Sekundarbereich von nicht über 25 empfohlen, da sie das Klassenklima positiv beeinflussen.

Schulen brauchen Unterstützung durch ein sozialpädagogisches Angebot, um SchülerInnen in Krisensituationen Möglichkeiten zur kurzfristigen Entspannung durch eine Trennung vom Klassenunterricht zu ermöglichen. Empfohlen wird die Einrichtung von Schulstationen oder Schülerclubs. Besonderes Augenmerk legt die Studie darauf, dass die Schulen mit allen Hilfeeinrichtungen und Diensten vernetzt sind, die die Situation der verhaltensauffälligen Kinder unter Einbeziehung des familiären Umfeldes verbessern helfen. Dafür sind multiprofessionelle regionale Beratungs- und Unterstützungszentren einzurichten, die Schulen in ihrer inklusiven Schulentwicklung mit konzeptionellem Know-How begleiten, LehrerInnen fortbilden und beraten, SchülerInnen sowie deren Eltern bei der Konfliktbewältigung unterstützen und konkrete Hilfen anbieten und umsetzen.

Politik muss Verantwortung übernehmen

Es mehren sich Stimmen von sonderpädagogischen Wissenschaftlern, die die Abschaffung von Förderschulen im Zuge inklusiver Schulentwicklung zu einem voreiligen bis verantwortungslosen Unternehmen erklären. Die Professoren Stephan Ellinger und Roland Stein fordern in einem aktuellen Aufsatz »vor einer verantwortungsvollen Abschaffung spezifischer Förderorte für Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung« weitere »sorgfältige empirische Untersuchungen«. Dies wertet vorhandene Studien über positive Effekte des gemeinsamen Lernens bei Kindern mit Verhaltensschwierigkeiten ab, verschweigt das geringe Interesse der Sonderpädagogik an empirischer Forschung zur Realität der Förderschule und verkennt die neue Rechtssituation durch die UN-Behindertenrechts-Konvention.

Um mit Hubert Hüppe, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, zu sprechen: Es geht bei der Inklusion nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Für angemessene Rahmenbedingungen sowie für den notwendigen Bewusstseinswandel trägt die Politik Verantwortung. Wer die angemessenen bildungspolitischen Rahmenbedingungen verweigert, sorgt dafür, dass die Kritiker der Inklusion mit ihren Einwänden recht haben und ein eher inklusionsfeindliches gesellschaftliches Klima bestimmen. ■

ANZEIGE

GRIPS

Frau Müller muss weg

Komödie über einen Elternabend | **von Lutz Hübner** | für Lehrer und Elternvertreter
Vorstellungen 3. und 5. Juli | jeweils 19.30 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030 – 39 74 74 - 77 | grips-theater.de

Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2014/2015

Frisches Design, hoher Nutzen, unschlagbar günstiger Preis: Der Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2014/2015.

In Kooperation mit dem GEW-Landesverband Sachsen bieten wir auch in diesem Jahr wieder für unsere Mitglieder den Kalender im Format DIN A5 zum Preis von nur 5 Euro an. Versandkosten zuzüglich.

Bestellungen ab sofort per Mail, Fax oder über das Internet. Detaillierte Informationen zum Kalender und das Bestellformular findet man auf der Internetseite.

www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php

Der Kalender wird ab Anfang Juni ausgeliefert.

Mit Tarifvertrag geht's besser

Dritter Warnstreik bei »aktion weitblick«

von Tammo Erbrich, Betriebsrat

Aktion weitblick ist ein Anbieter von Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und hat rund 135 Mitarbeiter. Wie üblich im sozialen Bereich haben die meisten Beschäftigten einen sogenannten Sockelarbeitsvertrag, der je nach Bedarf vom Arbeitgeber um beliebige Stunden für einen begrenzten Zeitraum aufgestockt wird. Bis 2004 waren die KollegInnen über den BAT an den allgemeinen Lohnsteigerungen beteiligt. Seitdem nur noch der TV-L verhandelt wird, herrscht Stillstand; lediglich 65 Euro im Monat, aber nur bei einer Vollzeitstelle, sind dazugekommen.

Aber deshalb gleich einen Warnstreik? Ja, weil die Geschäftsführung nicht bereit ist, dem legitimen Wunsch der KollegInnen nachzukommen und mit der GEW über einen Haustarifvertrag auf Grundlage des TV-L zu verhandeln. Im Gegenteil, trotz des auf der Betriebsvollversammlung geäußerten Wunsches der Mitarbeiter, der auch vom Betriebsrat mitgetragen wird, wird nicht mit der GEW verhandelt. Stattdessen erhalten die neu eingestellten KollegInnen nur ein Festge-

Auf geht's: Abmarsch von der Ahornstraße.

FOTOS: ANDREAS KRAFT

halt anstelle eines dynamischen Gehaltes. Statt Sondierungsgespräche anzubieten, wird der Urlaub reduziert. Statt eine neue Vergütungsstruktur mit der GEW auszuhandeln, werden neue KollegInnen von der betrieblichen Altersversorgung ausgegrenzt. Dabei sagt der Senat, dass die Mittel zur Bezahlung der Tarifverträge bereitgestellt werden!

Darum ein Warnstreik! Denn die Differenz zwischen dem jetzigen Einkommen und dem Einkommen nach TV-L wird immer deutlicher spürbarer für die KollegInnen. Wenn die Miete und die Lebensmittelpreise steigen, muss auch das Einkommen steigen. Ein Tarifvertrag mit der GEW für die Beschäftigten der aktion weitblick würde der im eigenen Leitbild formulierten Wertschätzung der Mitarbeiter entsprechen und wäre ein zukunftsweisendes Zeichen – auch angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels. Ein Haustarifvertrag auf Basis des TV-L ist kein Makel oder eine Behinderung für einen freien sozialen Träger, sondern eine Auszeichnung für ein gesellschaftliches, sozialpolitisches Engagement. Und darum haben wir als Mitarbeiter der aktion weitblick einen Warnstreik durchgeführt und werden auch weiterhin für unsere Rechte einstehen. ■

Hier für dort aktiv

Die Arbeitsgruppe Auslandsschulwesen (AGAL) bringt sich in Erinnerung

von Heinz-Joachim Elbe, AGAL

Die Arbeitsgruppe Auslandsschulwesen der GEW besteht seit über 40 Jahren. In der dem Bereich Internationales beim Hauptvorstand der GEW zugeordneten Gruppe arbeiten die Beauftragten der GEW-Landesverbände der einzelnen Bundesländer in folgenden Bereichen:

- Interessenvertretung zukünftiger, aktiver und ehemaliger im Ausland oder an europäischen Schulen im Inland tätigen PädagogInnen
- konstruktiv-kritische Begleitung der auswärtigen Kulturpolitik
- Lobbyfunktion für diesen Bereich bei Bund und Ländern

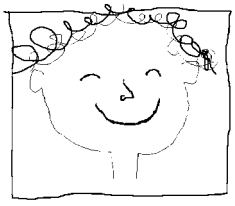
Dazu gehören Information, Beratung und Rechtsschutz für die von der Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA) vermittelten Lehrkräfte und die frei angeworbenen Lehrkräfte wie beispielsweise Ortskräfte. Dabei weisen wir insbesondere auf die sehr unterschiedlichen Arbeitsvertragsverhältnisse (zur Zeit rund 13) hin, die den Lehrkräften angeboten werden und die von komfortabel bis prekär reichen. Außerdem führen wir Informationsveranstaltungen durch, sowohl für PädagogInnen, die ins Ausland gehen wollen, als auch für diejenigen, welche gerade zurückgekommen sind. Das nächste sogenannte Rückkehrerseminar findet vom 14. bis 18. November 2014 in Mariaspring bei Göttingen statt.

Wir setzen uns ebenfalls bei Gesprächen mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen für die Interessen der Auslandslehrkräfte ein: Auch angestellte Lehrkräfte sollen vermittelt werden können, keine weiteren Stellen- und Mittelkürzungen bei der ZfA, soziale Absicherung und Verbesserung der Einstellungschancen der sogenannten Programmlehrkräfte bei der Rückkehr, einheitlicher Mustervertrag für die Ortslehrkräfte an deutschen Auslandsschulen. Bei der Mittelvergabe durch die ZfA muss es Mitwirkungsrechte für Lehrkräfte und SchülerInnen geben – ähnlich wie in Deutschland.

Wer als Auslandslehrkraft tätig wird, wechselt von seinem GEW-Landesverband zum GEW-Hauptvorstand in Frankfurt. Man bekommt aber weiterhin die Zeitschrift seines Landesverbandes und dazu regelmäßige Rundbriefe der AGAL über aktuelle Themen und Probleme. Die AGAL selbst trifft sich halbjährlich zur Besprechung der anstehenden Themen und Aufgaben. ■

Kontakt zum Beauftragten für Berlin: Thomas Rosenbaum, 01723991081 oder th_rosenbaum@yahoo.de

J. Valls



arbeitet seit 23 Jahren an Berliner Volkshochschulen, an der FU und der TU als Honorarkraft. Sie ist per Zufallspfeilwurf aus der Mitgliedsdatei »erwählt« worden.

- *Was regt dich im Augenblick am meisten auf?*

Es ist eine Schande, dass sich die Situation der Honorarkraft in den letzten 20 Jahren überhaupt nicht verbessert hat.

- *Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?*

Erstens: Wir unterstützen nur die angestellten Lehrer. Zweitens: Es tut uns Leid. Drittens: Für Honorarkräfte gibt es kein Gesetz, das euch unterstützt.

- *Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?*

Die Unsicherheit der Lehrer, die auf Honorarbasis arbeiten, abschaffen. Die Unterscheidung zwischen Angestellten und Honorarkräften aufheben.

- *Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?*

Wenn ich krank bin, werde ich trotzdem bezahlt. Wenn ich arbeitslos wäre, bekäme ich Arbeitslosengeld. Mein Arbeitsgeber bezahlt meine Krankenkasse und meine Rente. Und dafür kämpft die GEW ernsthaft.

- *Was gefällt dir an deinem Beruf?*

Unterrichten macht mir Spaß. Der Kontakt zu den Kursteilnehmern ist mir wichtig.

- *Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?*

Senatorin, um die Situation der Honorarkraft zu verbessern. ■

Ermordet als Deserteur

Gedenktafel soll an die Hinrichtung eines 17-jährigen erinnern

FOTO: PRIVAT

von Michael Roeder, Aktives Museum e.V.

Es geht um eine Gedenktafel für jemanden, der heute 86 Jahre alt wäre, im April 1945 jedoch erst 17 war, als er von der SS aufgehängt wurde mit einem Schild um den Hals: »Ich war zu feige, für Deutschland zu kämpfen«.

Wir wissen nur wenig über ihn: dass er eine Jacke der Waffen-SS trug, als er in einem Luftschutzkeller gefunden wurde; dass die SS-Männer sich eine Wäscheleine holten und ihn damit vor dem Haus Uhlandstraße 103 in Wilmersdorf erhängten; und dass sie seine Leiche mehrere Tage hängen ließen. Bis in die 50er Jahre legten Bürger am Todestag Blumen nieder und erinnerten mit einem beschrifteten Pappkarton an den Mord.

Das war Ende April 1945 nicht ungewöhnlich: Zeitzeugen berichteten uns von mehreren Hinrichtungen in der Umgebung; bis heute erinnern Gedenktafeln in Steglitz (Hermann-Ehlers-Platz) und Schöneberg (Dominicus-/Ecke Hauptstraße) an solche Morde. Hatten bisher die Hinrichtungen von Deserteuren am Murellenberg stattgefunden, wurde jetzt das Morden vor aller Augen und mitten in der Stadt fortgesetzt gemäß Führerbefehl vom 23. April 1945: »Jeder, der Maßnahmen, die unsere Widerstandskraft schwächen, propagiert oder gar billigt, ist ein Verräter! Er ist augenblicklich zu erschießen oder zu erhängen!«

Es geht um eine Gedenktafel für diesen jungen Mann – und für alle anderen, die die Fortsetzung dieses Krieges verweigerten und dafür ermordet wurden. Vielen erscheint heutzutage dieses Anliegen selbstverständlich. Das war nicht immer so: Noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Deserteure öffentlich als Vaterlandsverräter und Feiglinge geschmäht. Erste Initiativen für Denkmäler entstanden Anfang der 80er Jahre als Reaktion auf den Nato-Doppelbeschluss von Dezember 1979. Eine bundesweite Diskussion begann über Deserteure in Nazi-Deutschland. Ein wichtiger Beitrag zu einer neuen Sicht war das Urteil des Bundessozialgerichts von 1991, das feststellte, dass jeder, der im NS-Unrechtsstaat die Truppe verließ oder den Gehorsam verweigerte, Widerstand geleistet habe. Aber erst 1998 beschloss der Bundestag ein Gesetz, das bis 2009 zweimal nachgebessert werden musste und mit dem die Urteile der Standgerichte pauschal aufgehoben wurden.

Bedenken um das Gedenken

Und wie steht es heute mit der Ehrung der Deserteure? Der Antrag für die Gedenktafel wurde von mir im Juli 2013 bei der Gedenktafelkommission (GTK) in Charlottenburg-Wilmersdorf eingereicht, aber frühestens im September 2014 werde ich erstmals eingeladen, um mein Anliegen zu erläutern. Offenbar gibt es Bedenken, die aber nie offen diskutiert wurden. Dies ist möglich, weil diese Kommission nichtöffentlich tagt und entscheidet, wessen die Bevölkerung gedenken soll, ohne aber die Bevölkerung daran zu beteiligen. Einige Bedenken der GTK müsste ich ausräumen. Warum genügt nicht die Gedenkstätte am Murellenberg? Diese ist weit weg vom Alltag. Das blindwütige Morden, auch von Zivilisten, fand jedoch seit Mitte April mitten in der Stadt und vor aller Augen statt. Daran soll erinnert werden. Können wir für jeden toten Deserteur eine Gedenktafel errichten? Dann erkennen wir die Straßen und Wege doch nicht mehr. Dieses Argument zeugt von der großen Zahl dieser »Endphasenverbrechen«, aber auch von dem Widerwillen, ihrer zu gedenken. Tatsächlich gibt es in ganz Berlin nur drei Gedenktafeln: die beiden oben erwähnten und eine dritte am Bahnhof Friedrichstraße. Immerhin plant die GTK, eine Projektgruppe einzusetzen, um zu recherchieren, wie man die SS-Geschichte im Stadtraum darstellen kann. Anlass ist die Waffen-SS-Jacke. Falls der Jugendliche tatsächlich Mitglied war, ging es ihm allerdings genauso wie seinen Altersgenossen Günter Grass und Erich Loest, die es beide in die Waffen-SS zog: Sie alle waren von Kindesbeinen an vom NS-Staat geprägt. Es geht also nicht um die Geschichte der SS, sondern um die Verführung von Minderjährigen zu menschenfeindlichem Verhalten. Gerade dies aber hatte der unbekannte 17jährige durch seine Kampfverweigerung durchbrochen. Und deswegen sollte seiner – und aller anderen, die sich auch verweigert haben – gedacht werden.

Der Text der Gedenktafel könnte lauten: »Hier wurde in den letzten Tagen des April 1945 ein 17jähriger von Nationalsozialisten aufgehängt. Zur Erinnerung an ihn und alle anderen, die sich der Teilnahme am Krieg entziehen wollten und deshalb ermordet wurden.«

Die Errichtung dieser Gedenktafel wird bereits – neben dem Aktiven Museum, der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der VVN-BdA – von vielen Bürgern unterstützt. ■

Informationen: www.blog.klausenerplatz-kiez.de/tag/kriegsende; Spendenkonto: Aktives Museum e.V., IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82, Verwendungszweck »Uhlandstraße 1945«. Spendenquittung wird ausgestellt.

Deutschland – armes reiches Land

Der Wahnsinn hat Methode und Unterhaltungswert

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN

Auf der einen Seite werden die enormen Schulden des Staates beklagt: über 2000 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite verschlägt es einem die Sprache bei der unfassbaren Menge privaten Reichtums in diesem Lande. Dieser beträgt das Fünffache der Schulden. Auf den Unterhaltungswert setzt ein bekannter Entertainer, wenn er Beispiele von Verschleuderung öffentlicher Finanzen per Privatfernsehen in deutsche Wohnzimmer bringt. Die Methode beschreibt Stephan Schulmeister vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) etwa so: Nach der Phase einer realkapitalistischen Marktwirtschaft bis in die 70er Jahre begannen Etappen des »neoliberalen Wechselschritts« aus Deregulierungen zugunsten der Finanzwirtschaft. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Diese wiederum wurden bekämpft mit Deregulierung des Sozialstaates und der Arbeitsmärkte (1). Den deutschen Höhepunkt neoliberaler Deregulierungspolitik markierten die Hartz-»Reformen«. Die sich weiter zuspitzende Krise konnte auch dadurch nicht verhindert werden, aber die Kluft zwischen ArbeitnehmerInnenentgelten und Vermögensgewinnen wurde kontinuierlich größer. Seit 40 Jahren sorgt die Politik dafür, dass es sich von Geld deutlich besser leben lässt als von redlicher Arbeit.

Wir können davon ausgehen, dass neoliberale Ökonomen und Politiker auch weiterhin jene Therapien einfordern, »die Teil der Krankheit sind: Senkung der Staatsausgaben, umfassende Privatisierung, Schonung der Finanzvermögen, keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder sonstiger Beiträge der Bestverdiener« (1), so Schulmeister. Die deutsche Wahlbevölkerung nimmt sehenden Auges hin, dass ein Zehntel der Deutschen über zwei Drittel der Nettoprivatvermögen verfügt und das reichste eine Prozent immer noch ein Drittel auf sich vereint. Dabei ist eine Veränderung dieser (organisierten) Vermögensungleichverteilung ebenso notwendig wie möglich. Brigitte Unger, wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Boeckler-Stiftung (WSI), weist darauf hin, dass Steuern auf Vermögen hierzulande im Vergleich zu anderen OECD-Ländern niedrig sind (2). Mit weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegt Deutschland auf Platz 9 von

Deutliche Gewinner GRAFIK: BÖCKLER IMPULS 2/2013

34 OECD-Staaten und weit unter dem OECD-Mittel. Wenn wir uns bei der Vermögensbesteuerung die USA, Frankreich oder Großbritannien zum Vorbild nehmen würden, ständen dem Staat jährlich deutlich über 50 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Unger zeigt auf, dass höhere Steuern auf Reichtum volkswirtschaftlich wünschenswert und auch umsetzbar wären. Für sieben Besteuerungsarten (Vermögenssteuer, Vermögensabgabe, Besteuerung von Kapitalvermögen, Erbschafts- und Schenkungssteuer(reform), Finanztransaktionssteuer, Grundsteuer(reform) und Bankenabgabe) beschreibt sie die Eckpunkte, untersucht Vorteile und Probleme und betrachtet verfassungsrechtliche und technische Aspekte. Für die Vermögenssteuer, die Kapitalertragssteuer und die Finanztransaktionssteuer zusammen sieht sie ein zusätzliches Einnahmepotenzial von über 50 Milliarden Euro, eine einmalige Vermögensabgabe brächte 140 Milliarden Euro, bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie der Grundsteuerreform bestände ein »erhebliches Mehreinnahmepotenzial«. Dieses Geld wird dringend in den öffentlichen Kassen gebraucht, mit ihm wäre ein nachhaltiger volkswirtschaftlicher Aufschwung erreichbar. Allein der Beginn der Beseitigung des immensen Investitionsstaus und die Steigerung von unteren und mittleren Einkommen könnten die Binnennachfrage erheblich steigern und wesentliche Impulse für den Arbeitsmarkt geben. Mit einer solchen veränderten Steuerpolitik zur Jahrtausendwende wäre das BIP bis 2011 um sechs Prozent höher ausgefallen, so eine Modellrechnung des Institus für Makroökonomie und Konjumkturforschung (IMK).

Doch Schulmeister soll Recht behalten: die neu gewählte Regierungskoalition beendet im Spätherbst 2013 die Debatte um Steuererhöhungen und betont das Festhalten an der Schuldenbremse. Die Gemüter werden mit einigen sozialpolitischen Achtungszeichen beruhigt: Mindestlohn, Allgemeinverbindlichkeit, Rente ab 63 und Mütterrente. Hinter dem Medienrummel wird in dem kleinteiligen Koalitionsgezänk bereits die Absicht deutlich, die Versprechungen weder schnell noch ernsthaft sozialwirksam umzusetzen. Denn viel darf es nicht kosten.

Derweil zerfällt im Lande die marode Infrastruktur weiter, der Druck in Richtung Privatisierung öffentlicher Leistungen wird sich weiter erhöhen und die wirklich Reichen bleiben weiter verschont. Wie lange kann das noch gutgehen?

Die GEW BERLIN wird im Bündnis Um-Fairteilen weiter für eine Änderung der Verteilungspolitik streiten. ■

(1) Böcklerimpuls 2/2014, »Im Strudel der Deregulierung«, S. 4, (2) Böcklerimpuls 1/2014, »Sieben Wege zu neuen Einnahmen«, S. 4

Laut Statistik steigen sie

Bei der Darstellung der öffentlichen Bildungsausgaben sind Zweifel angebracht

von Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg

Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland liegt bei einem Allzeithoch von 235,4 Milliarden Euro, das entspricht 9,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), was ebenfalls einem neuen Höchstwert entspricht. Zu diesem Ergebnis kommt der Bildungsfinanzbericht 2013, der im Februar 2014 vom Statistischen Bundesamt (Destatis) erstellt wurde. Doch wird wirklich mehr Geld für Bildung ausgegeben als jemals zuvor?

Der Bildungsfinanzbericht 2013

Von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen im Jahr 2010 (das ist der Berechnungszeitraum des aktuellen Berichts) insgesamt 173,1 Milliarden Euro auf den Bildungsbereich (KiTas, Schulen, Hochschulen, Bildungsförderung), was 6,9 Prozent des BIP entspricht. In dieses Budget wurden – für diesen Bericht erstmalig – die sogenannten »zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben« einbezogen, das sind Ausgaben für betriebliche Weiterbildung, für weitere Bildungsangebote (Krippen, Horte, Volkshochschule, Jugendarbeit) – insgesamt knapp 22 Milliarden Euro oder 0,9 Prozent des BIP. Darüber hinaus wurden nicht nur die öffentlichen Bildungsausgaben erfasst, sondern zudem die privaten, die mit 35,3 Milliarden Euro 1,4 Prozent des BIP entsprachen.

Neben diesem Budget für Bildung wurden 69,9 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgegeben, 5 Milliarden Euro entfielen auf Ausgaben für Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur. Somit sind im Bildungsfinanzbericht 2013 neben den Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte auch die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und die vom Ausland finanzierten Bildungsausgaben sowie Forschungsausgaben enthalten. Die gesamten privaten und öffentlichen Ausgaben werden durch das konzeptionell umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft dargestellt, die in Summe 9,4 Prozent des BIP umfassen.

Wieviel Prozent vom Bruttoinlandsprodukt?

Auf dem Dresdener »Bildungsgipfel« 2008 haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten einhellig erklärt, ab 2015 insgesamt zehn Prozent des BIPs für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, sieben davon für Bildung und drei für Forschung. Aus vorhergehenden Beschlüssen der Parteigremien von SPD und CDU geht hervor, dass sie bei der Formulierung ihres Zieles die OECD-Vergleichskennzahlen vor Augen gehabt haben, die Deutschland einen großen Finanzierungsrückstand nicht nur gegenüber den OECD-»Spitzenreitern« wie den skandinavischen Staaten, sondern auch schon gegenüber dem OECD-Durchschnitt attestiert hatten. Und nach diesem internationalen Vergleich hinkt Deutschland noch weit zurück. Insgesamt betrug der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP 2010 in Deutschland 5,1 Prozent und lag damit sowohl unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 als auch unter dem ausgegebenen Ziel von 7 Prozent.

Was sind Bildungsausgaben?

Dass in der Öffentlichkeit die aktuellen Zahlen als Erfolg verkauft werden können, liegt an den hinzugerechneten Kosten, nicht an der Erhöhung der für diesen Vergleich relevanten Posten. Zwar ist das in absoluten Zahlen gemessene »Mehr«, über das hier gesprochen wird, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Jedoch muss zugleich auch die teils beschönigende Methodik des Bildungsfinanzberichts hinterfragt werden. So war und ist vor allem die Länderfinanzseite sehr interessiert daran, sämtliche Aufwendungen, etwa die Kosten der Liegenschaften der Hochschulgebäude oder der Bibliotheken, als Bildungsaufwand darzustellen. Der Bildungsfinanzbericht listet daher knapp 22 Milliarden Euro an »zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben« auf, die in der internationalen Abgrenzung nicht dazu gezählt werden. Hierzu gehören die Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung (10 Milliarden Euro), für Bildungsangebote wie Krippen, Horte, Jugendarbeit (knapp 11 Milliarden Euro) sowie die Förderung von Weiterbildung (1 Milliarde Euro). In Summe beschönigen diese »schiefen Vergleiche« die Wertigkeit des deutschen Engagements massiv.

Gute Bildung ist finanzierbar

Die »Bildungsrepublik Deutschland« bleibt eine Fata Morgana. Dabei liegen die Rezepte, wie sich die Finanznot öffentlicher Haushalte abwenden ließe, auf der Hand. Fakt ist: Der Staat benötigt zur Finanzierung notwendiger Investitionen im Bildungssystem mehr Geld. Die GEW schlägt in ihrem steuerpolitischen Konzept eine solidarische und umfassende Reform des Steuersystems vor, um die benötigten Mehreinnahmen des Staates zu erzielen. Hierfür sollen der Spitzensteuersatz und die Körperschaftsteuer wieder angehoben sowie Kapitaleinkommen und Dividenden mit dem jeweils individuellen Einkommensteuertarif vollständig besteuert werden. Notwendig ist ferner, eine Vermögen- und Finanztransaktionsteuer einzuführen. Und: Politik muss endlich erkennen, dass ihre Spar- und Kürzungspolitik falsch ist. Mehr Geld, nicht raffiniertere Rechentricks sind nötig, um Bildung angemessen zu finanzieren. ■

Nach vorne und zurück schauen

Gedenken an jüdisches Leben in Europa vor dem Holocaust

von Josef Hofman und Juliane Zacher, Junge GEW BERLIN

Am 27. Januar 2014 fand in Auschwitz der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts statt. Dieser Gedenktag wurde im Jahr 2005 von den Vereinten Nationen eingeführt und wird seitdem weltweit begangen. Auch die GEW beteiligte sich auf Bundesebene wie in den Jahren zuvor mit einer Delegation und nutzte die Gedenkfeier, um sich zusammen mit dem Verband Bildung und Erziehung e.V. (VBE), der israelischen Lehrergewerkschaft Histradut Hamorim und den polnischen Lehrergewerkschaften NSZZ Solidarność und der ZNP über die Bedeutung und Aktualität des Gedenkens in der Schule auszutauschen sowie die Beziehungen der Gewerkschaften untereinander zu pflegen.

Es stellt eine besondere Herausforderung dar, sich als deutsche Gruppe an diesem Tag mit jüdischen und polnischen Delegationen in Auschwitz zusammenzufinden. An keiner anderen Gedenkstätte sind die Verbrechen der Nationalsozialisten so real erfahrbar. Aber Ohnmacht und Hemmungen verflogen im gemeinsamen Austausch über Herausforderungen und Chancen des Holocaustunterrichts heute in Polen, Israel und Deutschland. Die israelischen und polnischen TeilnehmerInnen machten dabei ihre Angst deutlich, dass in Deutschland mit dem Voranschreiten der Geschichte die Auseinandersetzung und das Gedenken an die Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit nachlassen könne. Die Mitverantwortung Polens für die Verbrechen – der Großteil der Massenvernichtung fand auf polnischen Boden statt – wird in Polen zunehmend thematisiert, stößt jedoch immer noch auf Widerstände. Aus israelischer Perspektive wird berichtet, dass es wichtig ist, den Unterricht als Anlass für die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Rassismus zu nehmen, um somit auch einen Bezug zu aktueller israelischer Gegenwart zu schaffen.

Die Bedeutung des Gedenkens und der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit kann sicherlich nicht genug betont werden. Dennoch erscheint es ebenso sinnvoll einen weiteren Blick in die Vergangenheit zu werfen und Licht in den Teil europäischer Geschichte zu bringen, den der Schatten des Holocaust meistens verdunkelt, nämlich wie Juden vor dem Holocaust in Europa gelebt haben. Anlass für diese Überlegung bildete das Museum of the History of Polish Jews in Warschau, in dessen Räumlichkeiten ein Großteil des Gewerkschaftsseminars stattfand. So wie in Polen, waren JüdInnen überall in Europa Teil der Gesellschaft und prägten diese wesentlich mit. Zwar waren Antisemitismus und Pogrome schon vor den Nationalsozialisten in den meisten europäischen Staaten verbreitet, dennoch lässt sich in vielen Erzählungen und Bildern belegen, dass es vielfältige Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens gab. Die Präsenz jüdischen Lebens in Polen wird anschaulich verdeutlicht.

Jüdisches Leben erfahrbar machen

Einen weiteren Versuch, diese Geschichten und Bilder des Zusammenlebens zu bewahren, stellt das Projekt Centropa (www.centropa.org) dar. Centropa ist eine Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat die Bilder und Geschichten jüdischer Familien in Zentral- und Ost-Europa sowie auf dem Balkan zu sammeln und im Internet frei zugänglich zu machen. Darunter sind bereits 1.250 Interviews mit Zeitzeugen und 22.000 Fotos. Diese Dokumente dienen als anschauliche Zeugnisse eines jüdischen Europas und sollen als Materialien für den Unterricht genutzt werden. Anhand dieser Materialien können SchülerInnen erarbeiten, wie JüdInnen in dem jeweiligen Land gelebt haben, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hatten und wie sie ihre Stellung in der Gesellschaft wahrnahmen und empfanden. Dazu können einzelne Biografien verfolgt und als anschauliche Identifikationsfiguren den SchülerInnen näher gebracht werden. Neben der Bezugnahme auf einzelne Biografien kann der Zugang aber auch darüber hergestellt werden, dass die Schüler diese Materialien nutzen, um zu erarbeiten, wie jüdisches Leben in ihrem Heimatland oder Heimatort ausgesehen hat, an welchen Plätzen früher jüdische Läden, Synagogen oder Schulen standen.

Diese Auseinandersetzung mit der Geschichte über die Bezugnahme zu jüdischem Leben im eigenen Heimatland macht zum einen deutlich, welche gesellschaftliche Koexistenz durch den Holocaust zerstört wurde, und gleichzeitig macht sie Mut, dass ein Zusammenleben möglich ist, weil es bereits einmal real war. Und dass Differenzen aufgelöst werden können, wenn man sich die vielfältigen Gemeinsamkeiten vor Augen führt. So kann Gedenken eine neue Perspektive bekommen, um neben Trauer und Mahnung auch Raum für Austausch und Begegnung zuzulassen. Dadurch soll die Geschichte Deutschlands und Europas nicht beschönigt und die Opfer des Holocaust nicht verschmäht werden. Vielmehr soll diese Form des Gedenkens als zusätzliche Komponente für den Unterricht dazu dienen, eine zukünftige Perspektive für das Thema zu entwickeln: Das gemeinsame Leben der Vergangenheit als Grundlage für eine gemeinsame Zukunft zu nehmen.

Die Tage haben verdeutlicht, dass diese Vergangenheit nicht vergehen darf und dass es gleichzeitig weitere Auseinandersetzungsmöglichkeiten mit der Geschichte gibt. Die Verbrechen des Holocaust bleiben einzigartig. Der aktuelle Bezug zur Geschichte muss immer wieder hergestellt und verdeutlicht werden. Die Vorbereitung für den 70. Jahrestag der Befreiung Ausschwitzt laufen bereits. Wir wünschen uns eine rege Beteiligung und Debatte.

Rassismus in der Schule

SchülerInnen über ihre Erfahrungen mit den Lehrkräften

*von Birgit Peter und Sophie Groß, Studierende an der Humboldt-Universität Berlin**

Die meisten Lehrer übertreiben's nicht mit den rassistischen Äußerungen«. Dieser Satz, der in einer unserer zwei Gruppendiskussion Berliner (post-)migrantischer SchülerInnen über ihre Situation in der Schule fiel, verrät einiges über ihren schulischen Alltag. Obwohl der Kommentar wohlwollend gemeint war, zeigte er auch, dass rassistische Zuschreibungen und Diskriminierungen mit zum schulischen Alltag gehören. Fast alle Teilnehmenden berichteten von benachteiligenden Situationen wie dem Ausschluss bei der Vergabe von Stipendien oder unberechtigten Verdächtigungen bis hin zu konkreten Beleidigungen durch Lehrkräfte. Besonders häufig thematisierten die Jugendlichen aber die Stereotype ihrer Lehrkräfte. Sie werden mit Zuschreibungen konfrontiert, die nicht auf sie zutreffen, aber dazu beitragen, sie als »anders« zu markieren. Stereotypen dienen letztlich dazu, symbolische Grenzen festzuschreiben, und tragen zur Aufrechterhaltung der Ungleichheiten in der gesellschaftlichen Ordnung bei.

Ein wichtiges Instrument für die Herstellung von Differenz ist die Religionszugehörigkeit: Bei Deutschen werde nicht gefragt, ob es in der Bibel stehe, dass man dies oder jenes machen könne. Bei Arabern heiße es aber gleich »›Steht bei euch im Koran, dass ihr sowas machen dürft?‹ Da wird ein Unterschied gemacht«, erklärte einer der Schüler. Die Lehrkraft setzt den Schüler hier in Bezug zu bestimmten Vorstellungen vom Islam. Dabei werden die unterschiedlichen Richtungen des Islam ebenso ausgeblendet wie die Möglichkeit, dass SchülerInnen auch nichtreligiös sein können.

Ein weiterer Stereotyp, mit dem sich die SchülerInnen oft konfrontiert sahen, ist das negative Bild, das die Lehrkräfte von ihren Eltern haben. Da heißt es, dass die SchülerInnen eine schlechte Erziehung genossen hätten: »Du hast keinen Respekt gelernt von deinen Eltern«. Andere Lehrkräfte wiederum pflegen die Vorstellung von gewalttätigen Eltern: Die sagen »›Ich ruf deine Eltern an‹, weil die denken wir haben Angst, dass unsere Eltern uns schlagen«. Bei »deutschen« SchülerInnen werde diese Drohung deutlich seltener ausgesprochen. Von einem Diskussionsteilnehmer wurde dies als »so richtig gezielt rassistisch« verstanden. Die SchülerInnen wollten aber auch nicht generalisieren: »Lehrer sind unterschiedlich, manche behandeln alle Schüler gleich«.

Insgesamt aber sprechen die Jugendlichen überwiegend Situationen an, in denen sie von den Lehrkräften eher durch eine stereotype, differenzorientierte und homogenisierende Brille wahrgenommen werden, anstatt die individuelle Lebenssituation der Einzelnen anzuerkennen. »Die meisten Lehrer übertreiben's nicht mit den rassistischen Äußerungen.« bringt dieses Problem auf den Punkt. Um explizit beabsichtigten Rassismus handelt es sich eher selten. Dennoch sind Diskriminierungen in der Schule und durch Lehrkräfte alltäglich. Sie sind besonders folgenschwer, da die Schule eine Schlüsselrolle für die Jugendlichen und ihre Zukunftschancen spielt.

FÜR EINE CHANCENGLEICHE UND NICHT-RASSISTISCHE SCHULE

- Rassismus und Umgang mit Diversität sollte stark in LehrerInnen-Aus- und Fortbildungen einbezogen werden. Lehrkräfte brauchen Raum und Anregung, um Stereotype und eigene Verhaltensweisen reflektieren zu können.
- LehrerInnen sind oftmals gleichzeitig Akteure der Diskriminierung und wichtige institutionelle Ansprechperson bei schulischen Problemen. Die Teilnehmenden haben meist die Erfahrung gemacht, dass sie sich gegen Diskriminierung in der Schule nicht wehren können. Deshalb sollte eine unabhängige Anlaufstelle eingerichtet werden, die SchülerInnen unterstützt, wenn sich diese mit Diskriminierung konfrontiert sehen.
- Die Jugendlichen bewerteten es ausschließlich positiv, an eine Schule mit einem hohen Anteil von migrantischen SchülerInnen zu gehen. Sie hoben dies als einen Schutzfaktor gegen Diskriminierung hervor. Dies sollte nicht unberücksichtigt bleiben, wenn über die Zusammensetzung der SchülerInnenschaft debattiert wird.

FOTO: BERT BUTZKE

** Birgit Peter und Sophie Groß studieren Sozialwissenschaften im Master an der Humboldt-Universität Berlin und haben die beiden Gruppendiskussionen im Rahmen einer Forschungsarbeit durchgeführt.*

»Na, heute ordentlich Geld gemacht?!«

Es ist dunkel und still. Das Schulgebäude liegt leer und verlassen. Doch halt, am Ende eines Nebentrakts brennt noch Licht. Sitzt der Schulleiter wieder an seinem Schreibtisch, weil er nicht heim zu Frau und Kindern will? – Nein, dort im Nebengebäude zählt der Cafeteria-Betreiber seine Einnahmen. Wie jeden Wochentag verlässt er die Schule gegen 21.30 Uhr mit einer Schubkarre voller Geld. Das überweist er direkt auf seine Konten in der Schweiz und auf den Kaiman-Inseln. In die Schule fährt er immer mit einem alten Combi, aber Eingeweihte im Lehrerzimmer wissen aus sicheren Quellen, dass er einen Maserati und drei Ferienhäuser sein eigen nennt. »Und das alles von unserem Geld!«

Während die Pädagogen an der Schule, einschließlich Fachbereichsleiter und Studiendirektoren, eher ehrenamtlich tätig sind und nur eine geringe Aufwandsentschädigung für ihren engagierten Einsatz erhalten, verdient eine Mensa-Pächterin oder ein Cafeteria-Betreiber ordentlich Kohle. Das verschleiern sie aber gerne, damit der Sozialneid nicht zu groß wird. Sie klagen über einen realen Stundenlohn von 4,50 Euro und über einen Arbeitstag, der mehr als 14 Stunden dauert. Morgens um fünf Uhr treten sie zur Arbeit an, schmieren hundertfünfzig Schrippen und schälen Berge von Kartoffeln. Statt die belegten Brötchen allerdings zum Selbstkostenpreis abzugeben, verlangen sie einen ganzen Euro dafür! Sie müssten ja Gewinn machen, um Miete, Strom und Angestellte bezahlen zu können. Und in den elend langen Schulferien würden sie schließlich gar nichts einnehmen. Da jobben sie an der Wurstbude im Freibad oder tragen Zeitungen aus. In Wirklichkeit donnern sie mit ihrer C-Klasse über die Autobahn zum Yachthafen. Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen.

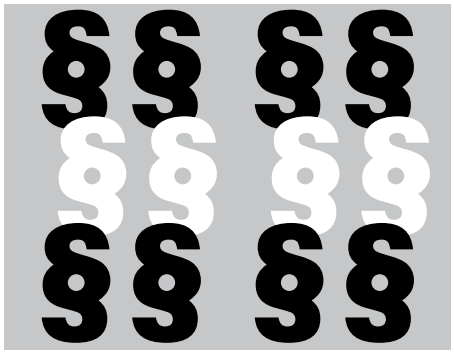
Sehnsüchtig drücken sich einige Lehrer die Nase an den Cafeteria-Glasscheiben platt. Eine Dorade mit Sättigungsbeilagen: 5,50 Euro! Eine Roulade mit Kraut: 4,90 Euro. Ist das teuer!!! Und Gänsebraten zu Weihnachten ganze 9 Euro! »Da kann man sich ja wirklich einen Pelz mit verdienen«, bemerkt ein Mathe-Kollege trocken. »Ach, wenn ich doch auch einen Berlin-Pass hätte«, seufzt seine Ko-Tutorin. Bedürftige Schüler können damit für nur einen Euro essen. Hin und wieder lungern ausgehungerte Kollegen nachmittags in der Mensa rum. »Die Brötchen kauft doch jetzt niemand mehr. Die Wurst wellt sich ja schon. Kann ich die nicht billiger haben?« Frau Weber-Weißmann hat praktischerweise gleich eine Tupperschüssel mitgebracht. Aber der Mensa-Pächter hat kein Herz für verarmte Lehrer. Lieber verschenkt er die restlichen Brötchen an Schüler.

Kollegen, die sich die horrenden Mensapreise leisten können, sitzen in einer gemütlichen Ecke und mäkeln ein wenig an den Königsberger Klopsen rum, die sie selber viel besser zubereiten. »Das hat er nie im Leben selber gekocht, das sind alles nur aufgewärmte Convenience-Produkte«, behauptet der Feinschmecker aus dem Englisch-Stützpunkt.

Einmal erhält der Cafeteria-Pächter Post von einem Rechtsanwalt. Ihm wird Betrug und Körperverletzung vorgeworfen. Er hat an die zu fütternden Schüler vor den Ferien »minderwertige Nahrung« verteilt (Kindermilchschnitten und Ostereier! Vermutlich kostenlose Werbeprodukte!) und deklariert nicht, womit er den Tee süßt. Sicher mit Industriezucker, der die Kinder dick, dumm und süchtig macht. Der Fachbereich Arbeitslehre schlägt daraufhin eine gesunde Produktpalette vor. Am Ende der Woche sitzt der Cafeteria-Betreiber auf seinem Gurken-Joghurt und Sahnequark-Pumpernickel. Nicht einmal die Lehrer wollten gesund essen. Zum Ausgleich verdient er in dem Monat ganz gut, in dem er auf Verlangen von Elternvertretern drei Euro für die schädliche Cola kassiert anstelle der üblichen 70 Cent. Aber die Schüler weichen nicht – wie es raffiniert geplant war – auf Kräutertee und Obstschorle aus, sondern kaufen zähneknirschend Cola für drei Euro. Schon zum Frühstück.

Einige Kollegen haben Mittel und Wege gefunden, ihren Hunger kostengünstig zu stillen. Zum Beispiel sammeln sie im Schulgelände das Pfandgut ein, das faule Schüler stehen lassen. Der Pächter ist immer ganz stinkig, wenn er für 20 Plastikflaschen seine Brötchen oder Bargeld rausrücken muss. Andere Kollegen studieren den Geburtstagskalender und grasen in ihren Freistunden die Lehrerzimmer ab, ob irgendwo ein Kuchen oder ein paar Lachsbrötchen auf Zugriff warten. Wie im Märchen vom »König Drosselbart« hat Frau Wegerich immer Töpfchen dabei, in denen sie Vorräte sammelt, falls nach der 8. Stunde der kleine Hunger kommt. Der Cafeteria-Pächter rückt ja leider keine größeren Portionen raus, wenn man ihm mitteilt, dass man heute gaaaaanz lange Unterricht hat und gaaaanz großen Hunger. Er will für Zubrot Extrageld, der alte Knicker. Dafür verschwindet halt hin und wieder einer seiner schönen Kaffeebecher mit Rosendeko, bis nur noch die alten weißen Humpen übrig sind.

Gabriele Frydrych



BEI VERMÖGEN KEIN ZUSCHUSS

Das Jobcenter ist nicht verpflichtet, Leistungen als Zuschuss zu erbringen, wenn Eigentum in Form einer Wohnung und eines Olivenhains in Griechenland vorhanden ist. Der Kläger beantragte Hartz-IV-Leistungen im Wege der einstweiligen Verfügung. Dabei gab er an, Eigentümer einer Wohnung und eines Olivenhains in Griechenland zu sein. Er könne dieses Eigentum aber wegen der in Griechenland herrschenden Wirtschaftskrise nur unter erheblichen Verlusten verkaufen. Das Sozialgericht urteilte, dass der Kläger es nicht glaubhaft begründen konnte, dass die Verwertung des Grundvermögens in Griechenland unwirtschaftlich sei und für ihn eine besondere Härte bedeute. LeistungsempfängerInnen sind grundsätzlich verpflichtet, ihr Vermögen zu verwerten. Dabei müssen auch Wertverluste hingenommen werden. *Sozialgericht Detmold Az: S 9 AS 2274/13ER*

BASTELANLEITUNG: WIE WIRD MAN EINEN BETRIEBSRAT LOS?

Beginnen Sie lange vor den nächsten Betriebsrats-Wahlen mit dem Versuch, die Belegschaft zu spalten. Ihre MitarbeiterInnen haben alle befristete Arbeitsverträge (an die Kostenübernahme gekoppelt), egal, wie lange sie bei Ihnen beschäftigt sind? Hervorragend, das vereinfacht die Sache! Sie können die Fälle (Aufträge) an die einzelnen MitarbeiterInnen nach Wohlverhalten vergeben. Das Problem mit dem Betriebsrat (BR) und den drei anderen Beschäftigten, die aufgrund von erfolgreichen Entfristungsklagen zu Ihrem Ärger unbefristet beschäftigt sind, erledigen wir nach der Wahl. Isolieren Sie den BR und die anderen unbequemen MitarbeiterInnen im Team. Lassen Sie beispielsweise einige Ihnen treu ergebene MitarbeiterInnen fordern, die beiden kollegialen Beratungsteams neu zusammenzustellen. Grund: Diese seien in der momentanen Zusammensetzung nicht arbeitsfähig. Versuchen Sie, in Team 1 alle Ihnen gegenüber loyalen MitarbeiterInnen zu versammeln und in Team 2 den BR und andere unbequeme MitarbeiterInnen sowie die »neutralen«. Mit etwas Glück spaltet sich Team 2 nach einiger Zeit aufgrund von Konflikten, sodass die unbequemen MitarbeiterInnen nun vollkommen isoliert sind.

Beginnen Sie, Stimmung gegen den BR zu machen. Geben Sie Informationen ins Team oder per Rundmail, die den BR in einem negativen Licht darstellen. Sorgen Sie dafür, dass Team 1 bestimmte Informationen aufgreift und Stimmung gegen den BR macht. Betreiben Sie das Spiel hinter den Kulissen exzessiv und mit viel Scheinheiligkeit und Heuchelei. Sollte der BR es wagen, dieses Spiel zu benennen, schreien sie laut und empört »Unterstellung«!

Einige Monate vor der BR-Wahl verschärfen Sie die Gangart. Versuchen Sie, mit subtilen Nadelstichen den BR zu zermürben. Lassen Sie den Ton in den Monatsgesprächen rauer und unsachlicher werden. Erteilen Sie dem BR eine Abmahnung, zum Beispiel wegen des Verstoßes gegen § 79 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), auch wenn klar ist, dass dies vor Gericht keinen Bestand haben wird. Vereinbaren Sie mit Ihren loyalen MitarbeiterInnen, dass in der letzten Betriebsversammlung vor der Wahl eisern geschwiegen und Desinteresse geheuchelt wird. Keiner der neutralen MitarbeiterInnen wird sich trauen, in dieser Stimmung den Mund aufzumachen. Auch wenn Sie sich über den Vortrag der Gewerkschaftsvertreterin ärgern, lassen Sie sich nicht dazu hinreißen, nach der Betriebsversammlung sämtliche Aushänge vom Schwarzen Brett des BR zu entfernen. Das würde Schwäche Ihrerseits andeuten.

Natürlich haben Sie schon längst mit Team 1 zwei KandidatInnen für die BR-Wahl ausgesucht: beide befristet beschäftigt und Ihnen gegenüber absolut loyal. All das läuft natürlich hinter den Kulissen. Die anderen MitarbeiterInnen erfahren erst im letzten Moment die Namen Ihrer KandidatInnen. Ihr Ziel muss sein, dass diese KandidatInnen die meisten Stimmen bekommen. Sie müssen ausschließen, dass der derzeitige BR die Wahl gewinnt oder auf Platz 2 kommt. Setzen Sie sich beispielsweise persönlich beim Wahlvorstand dafür ein, dass ein »loyaler« Beschäftigter seine Briefwahlunterlagen per Expresspost an den Urlaubsort nachgesandt bekommt. Oder beschäftigen Sie eine Mitarbeiterin mit wenigen Stunden bis kurz nach der Wahl weiter, auch wenn diese gekündigt und bereits eine neue Stelle bei einem anderen Arbeitgeber angetreten hat.

Sie haben Ihr Ziel erreicht? Herzlichen Glückwunsch! Nun können Sie sich um den Stein in Ihrem Schuh, der Sie schon so lange drückt, kümmern, um die unbefristet beschäftigten MitarbeiterInnen.

Ähnlichkeiten mit lebenden Personen wären rein zufällig, aber durchaus möglich. *Marlis Mirreichts, Betriebsrätin mit Erfahrung*

ZUMESSUNGSRICHTLINIEN: SOLIDE AUSSTATTUNG SIEHT ANDERS AUS

Der Entwurf der Zumessungsrichtlinien 2014/15 enthält keine gravierenden Änderungen im Vergleich zum laufenden Schuljahr. Aber genau das ist das Problem. Im Bereich der »sonderpädagogischen Integration« werden die LehrerInnenstellen gedeckelt. Dies führt bei den steigenden Zahlen von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu einer ständigen Verringerung der Stunden. Auch die auf 1.415 erhöhten LehrerInnenstellen für Integration reichen nicht aus, um die Qualität des gemeinsamen Unterrichts von SchülerInnen mit und ohne Förderbedarf zu gewährleisten. Selbst der Senat erkennt im Senatskonzept »Inklusive Schule« an, dass dies die Weiterentwicklung des im Schulgesetz vorgesehenen Vorrangs des gemeinsamen Unterrichts an allgemeinen Schulen ausbremst. (Senatskonzept 2011 »Inklusive Schule«, Seite 25) In Hinblick auf die Weiterentwicklung hin zur inklusiven Schule ist eine Aufstockung der Stellen mehr als notwendig und eine Deckelung der sonderpädagogischen Stellen kontraproduktiv.

Für die Fort- und Weiterbildung wurden die Ressourcen zwar erhöht, im Zusammenhang mit der Qualifizierung für die inklusive Schule und die zunehmende Anzahl von Lerngruppen ohne Deutschkenntnisse sind sie jedoch nicht ausreichend.

Völlig fragwürdig erscheint die Kürzung der Stundenvolumina der FachseminarleiterInnen um 100 Stunden. Das ist vor dem Hintergrund der Erhöhung der Zahl der Referendariatsplätze um 500 bis zum Jahr 2015 und des zusätzlichen Bedarfs für Lehrkräfte im berufsbegleitenden Referendariat völlig unverständlich.

Weiterhin problematisch ist die unzureichende Ausstattung der Grundschulen, die nach wie vor schlechter dastehen als die Oberschulen. Wieder wurde die in Aussicht gestellte Ausweitung des »Funktionspools« nicht umgesetzt. Eine Stunde für koordinative pädagogische Aufgaben ist zu wenig.

Auch in diesem Jahr ist der Senat unseren Forderungen nach einer Erhöhung der Stellen für Integration/Inklusion und Sprachförderung, nach Einführung eines größeren Entlastungspools zur Bewältigung vielfacher neuer (Reform-) Aufgaben in den Schulen, nach Ausweitung der Förder- und Teilungsstunden, nach Entlastung zum Beispiel für NichtschülerInnenprüfungen nicht nachgekommen. Es bleibt also wieder nur zu konstatieren: Gute Schule kostet (auch) Geld und wer gute Schule will, muss investieren. Tut der Berliner Senat dies nicht, sind auch Willensbekundungen zur Qualitätsentwicklung und Inklusion nicht glaubwürdig. *Klaudia Kachelrieß*

FRAUENVERTRETERIN PRÜFT AUCH ABMAHNUNGEN GEGEN MÄNNER

Die BVG hatte einen Omnibusfahrer abgemahnt, aber die Frauenvertreterin im Abmahnverfahren nicht beteiligt. Mit ihrer Feststellungsklage machte diese die Verletzung ihrer Beteiligungsrechte geltend. Das Verwaltungsgericht: Nach dem Landesgleichstellungsgesetz ist die Frauenvertreterin bei allen sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zu beteiligen. Die Abmahnung stellt eine solche personelle Maßnahme dar, weil sie vom Arbeitgeber etwa im Rahmen eines künftigen Kündigungsverfahrens oder eines Zeugnisses zulasten des Beschäftigten berücksichtigt werden kann. Eine Abmahnung ist auch ein Mittel, das vom Arbeitgeber diskriminierend eingesetzt werden könnte, etwa indem er Frauen und Männer unterschiedlich abmahnt. Um eine solche potenzielle Diskriminierung von vornherein auszuschließen, ist es nach der Zielsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes erforderlich, die Frauenvertreterin bei jeder Abmahnung zu beteiligen, unabhängig davon, ob im konkreten Fall ein Mann oder eine Frau betroffen ist und ob das vorgeworfene Verhalten gleichstellungsrechtlich relevant ist. *(Verwaltungsgericht Berlin, Urteil vom 27. Februar 2014 - VG 5 K 379)*

FESTER JOB NACH 13 ZEITVERTRÄGEN

Eine Lehrerin hat nach 13 befristeten Arbeitsverträgen eine Festanstellung erstritten. Die Lehrerin hatte bis 2010 sechseinhalb Jahre durchgehend an einer Hauptschule in Bergisch Gladbach unterrichtet. Schon im Herbst 2013 hatte das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf dem beklagten Land attestiert, seinen Gestaltungsspielraum bei der Befristung von Arbeitsverträgen missbräuchlich genutzt zu haben (Aktenzeichen 13 Sa 659/10). Eine Revision ließen die Richter nicht zu. Diese Entscheidung hat nun auch das Bundesarbeitsgericht bestätigt. In Nordrhein-Westfalen sind zurzeit über 12.000 von rund 182.000 hauptamtlichen Lehrkräften in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Das entspricht einer Quote von rund 6,7 Prozent.

KEINE ZEITLICHE GRENZE FÜR NACHHILFE

Leistungen für Bildung und Teilhabe in Gestalt der Kostenübernahme von Nachhilfekosten sind nicht auf die Dauer von zwei Monaten begrenzt. Dies hat das Sozialgericht Dortmund im Falle einer Realschülerin aus Iserlohn entschieden, die mit ihrer Mutter von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II lebt. Das Job-Center hatte es abgelehnt, für die Schülerin der 9. Klasse länger als zwei Monate Kosten einer außerschulischen Mathematiknachhilfe zu tragen. Das Sozialgericht Dortmund verurteilte das Job-Center, für ein Schulhalbjahr die Nachhilfekosten von monatlich 78,00 Euro zu übernehmen. Wie sich aus den vorgelegten fachkundigen Stellungnahmen der Klassenlehrerin und des Mathematiklehrers ergebe, sei die Nachhilfe geeignet und erforderlich, um das Lernziel zu erreichen. Maßgeblich sei der konkrete Förderungsbedarf für das jeweilige Kind. *Sozialgericht Dortmund, Az.: S 19 AS 1036/12*

BERLIN SCHLUSSLICHT BEI BESOLDUNG VERBEAMTETER LEHRKRÄFTE

Der aktuelle Besoldungsreport des DGB zeigt auf, wie unterschiedlich die Besoldung der Beamten in den Bundesländern ist. Während eine A13-Lehrkraft in Bayern sich über ein Jahresbruttoeinkommen von 60 064 Euro freuen darf, wird sie sich nach einem Umzug nach Berlin ärgern, denn dort bekommt sie 7.152 Euro weniger im Jahr. Der Report zum Download: http://www.dgb.de/themen

BEI VORTEILSNAHME FRISTLOSE KÜNDIGUNG

Ein Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, der bei der Ausführung seiner Aufgaben Vorteile für sich fordert, sich versprechen lässt oder auch nur schlicht entgegennimmt, gibt seinem Arbeitgeber in der Regel einen Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Gleiches gilt, wenn gegen den Arbeitnehmer ein dringender, nicht näher aufklärbarer Verdacht eines derartigen Verhaltens besteht. *(Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24. Januar 2014 - 9 Sa 1335/13)*

ARBEITSJUBILÄUM: ELTERNZEIT ZÄHLT MIT

Beschäftigte nach TV-L erhalten ein Jubiläumsgeld bei Vollendung einer Beschäftigungszeit von 25 Jahren. Dabei gilt als Beschäftigungszeit die Zeit, die bei demselben Arbeitgeber im Arbeitsverhältnis zurückgelegt wurde, auch wenn sie, zum Beispiel durch Elternzeit, unterbrochen worden war (§ 34 Absatz 3 TV-L). Außerdem gibt es bei diesem Arbeitsjubiläum auch noch ein Tag Arbeitsbefreiung (§ 29 Absatz 1 d).

BETRACHTUNGEN ZU EINER »STREITSCHRIFT«

Das Buch ist ärgerlich, weil es oberflächlich mit Hintergründen von Kindesmisshandlung und unkundig mit professionellem Handeln umgeht. Es beschreibt detailliert Fallkonstellationen, in denen Eltern grausam, gefühllos und absichtsvoll ihre Kinder quälen und erweckt dabei den Eindruck, dies sei in nahezu allen von Jugendämtern betreuten Familien so. Die Autoren fordern deshalb, Kinder generell so schnell wie möglich aus den Familien zu nehmen. Sie ignorieren dabei rechtsstaatliche Grundlagen und wollen von sozialpädagogischen Interventionen nichts wissen. Sie würden gerne ambulante Hilfen in Familien gänzlich abschaffen, da diese aus ihrer Sicht wirkungslos sind und Eltern sich nur zum Schein darauf einlassen. Soziale Hintergründe, die das Leben der Familien bestimmen und die zu Überforderungssituationen führen können, werden ohnehin nicht beleuchtet.

Besonders schlecht kommt bei der »Analyse« des deutschen Kinderschutzsystems die Jugendhilfe weg. Während ärztliches und richterliches Vorgehen scharf aber immer noch kollegial kritisiert werden, werden die Autoren regelrecht bösartig, wenn sie es mit den Jugendämtern zu tun bekommen. Pauschal werden Fachkräfte in den Jugendämtern diskreditiert und als »Komplizen der Misshandler« (S. 104) beschrieben. In vielen Jugendämtern sei »die Hälfte der Stellen nicht besetzt, auf den anderen 50 Prozent sitzen altgediente Beamte kurz vor der Pensionierung oder ausgebrannte Sachbearbeiter, die dauernd krankgeschrieben sind.«(S. 101). Ähnlich schlecht kommen die freien Träger der Jugendhilfe weg. Sie beschäftigen billige naive und junge SozialpädagogInnen und folgen rein wirtschaftlichen Interessen.

Die Autoren zeigen aber gleichzeitig keinerlei Verständnis für das Handeln der Fachkräfte und keinerlei Einfühlung in Familien und ihre Kinder. Sie können und wollen nicht sehen, dass die Arbeit im Kinderschutz eine Arbeit an Grenzen und immer auch eine Arbeit mit Risiko ist. Anders als bei der Rechtsmedizin sind die Fälle, die sich den Jugendämtern stellen, nur selten eindeutig. Die Gefährdungslage muss deshalb differenziert eingeschätzt werden. Jede Kindesherausnahme ist ein schwerer Eingriff für Eltern und Kind und ist deshalb sorgfältig zu prüfen. Kann die Gefährdung durch Auflagen abgewendet werden? Sind die Eltern zur Zusammenarbeit zu motivieren? Wurden alle Risikoanzeichen wahrgenommen? Komplexe Fragen wie diese müssen Jugendämter verantwortlich und mit Blick auf die Zukunft lösen.

Rechtsmediziner sehen immer die schlimmsten Fälle und sehen vielleicht deshalb die Welt in den dunkelsten Farben. »Sicher können Rechtsmediziner aus ihrer beruflichen Praxis Beispiele nennen, wo individuelles Versagen einzelner Beteiligter gravierende Folgen für das Leben und die Gesundheit von Kindern hatte.«, so konstatiert auch die Deutsche Gesellschaft für Rechtsmedizin (DGRM) in einer Stellungnahme vom 5. Februar 2014. »Eine Verallgemeinerung dieser Fälle«, so fährt sie fort »wird dem Problem aber nicht gerecht.«

Das Buch will offenbar der Reputation der Jugendhilfe, der Ärzteschaft, der Gerichte und damit auch des Gesamtsystems des Kinderschutzes schaden. Es erschwert dadurch potentiell die Hilfe für Kinder und Jugendliche, indem sie das Vertrauen in das System schwächt, ohne irgendwelche Lösungswege aufzuzeigen. Dies sieht auch die Gesellschaft für Rechtsmedizin so: »Angesichts des interdisziplinären Charakters der Aufgabe sind einseitige undifferenzierte Schuldzuweisungen zwischen den beteiligten Institutionen hingegen dem gemeinsamen Ziel des Kinderschut-

GEW-KALENDER FÜR DAS SCHULJAHR 2014/2015

Alle Bestellmöglichkeiten gibt es auch im Internet unter www.gew-berlin.de/kalender.htm

GEW-KALENDER 2014/2015: JA, DEN WILL ICH HABEN!

☐ Ich hole die Kalender für meine KollegInnen in der Geschäftsstelle ab.
☐ Ich möchte einen »Berliner Schulkalender« (DIN A 6) zugeschickt bekommen
☐ Ich bestelle den »Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender« (DIN A 5) auf Rechnung zum Sonderpreis für Mitglieder von 6,50 Euro (inkl. Versand).

Name, Vorname: _____
Schule: _____
Adresse: _____
_____
Datum, Unterschrift: _____

Zwei unterschiedliche Kalender für das kommende Schuljahr.

- Den »Berliner Schulkalender« (das ist der kleine gelbe Kalender im Format DIN A 6 für die Ringbuchhülle) erhalten weiterhin alle Mitglieder im Schulbereich kostenlos von ihren Vertrauensleuten.
- Mitglieder an Schulen, an denen diese Verteilung nicht gesichert ist, bekommen den Kalender nicht automatisch zugeschickt; sie müssen ihn bei uns mit diesem Formular oder unter **www.gew-berlin.de/schulkalender.php** anfordern.
- Der »Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender« (das ist der größere Kalender im Format DIN A 5) kann ebenfalls mit diesem Formular bestellt werden, er kostet für Mitglieder 5 Euro bei Abholung bzw. 6,50 Euro inklusive Versand. Bestellung auch über

www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php

zes wenig förderlich. Eventuelle grundsätzliche Maßnahmen, wie z. B. weitere Gesetzesänderungen sollten auf belastbaren Daten und einer differenzierten Analyse basieren.«

Dass das System der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft und auch das System des Kinderschutzes weiter entwickelt und an sich ändernde gesellschaftliche Bedingungen angepasst werden muss, darin sind sich alle Fachleute einig. In diesem Buch finden sie dazu keine Anhaltspunkte.

Gleichzeitig macht das Werk durch seine öffentliche Wirkung deutlich, dass die Jugendhilfe nicht nachlassen darf in dem Bemühen, ihre Leistungen und Kompetenzen differenziert und transparent nach außen darzustellen. Damit der Kinderschutz und auch die Jugendhilfe insgesamt gelingen können, brauchen Jugendämter auch die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Medien. Wir dürfen die öffentliche Meinung deshalb nicht den Vereinfachern überlassen. Wir müssen gemeinsam am realistischen und positiven Bild der Jugendämter und der Jugendhilfe insgesamt arbeiten und dieses selbstbewusst nach außen darstellen. Die AG Öffentlichkeitsarbeit der BAG Landesjugendämter wird sie dabei weiterhin unterstützen.

Birgit Zeller, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter

Saskia Guddat, Michael Tsokos: Deutschland misshandelt seine Kinder, Droemer Verlag 2014. 19,99 Euro

HETZJAGD AUF EINEN DEUTSCHLEHRER

Noch vor einigen Jahren hätte ich von einem unglaublichen Fall gesprochen, den der Züricher Lehrer Daniel Saladin in seinem Buch »Aktion S.« schildert. Aber leider kommt einem die von Saladin angesprochen »Hetzjagd« der Justiz aufgrund völlig haltloser Beschuldigungen inzwischen sehr bekannt vor: Gustl Mollat ist gerade nach sieben Jahren aus der Psychiatrie entlassen worden. Er war kurzerhand eingewiesen worden aufgrund völlig haltloser Vorwürfe seiner Frau. Und fast schon gespenstische Parallelen gibt es zum Fall Edathy. Wenn man also nicht inzwischen schon einiges gewohnt wäre, würde man ausrufen »Das gibt's doch nicht!«: Morgens um sechs stehen Polizisten und Staatsanwaltschaft vor der Tür und konfrontieren den noch verschlafenen Saladin mit einem Durchsuchungsbefehl, anschließend wir er gleich zur Befragung mitgenommen. Um was geht es hier eigentlich? Saladin wurde angezeigt von der Mutter einer Schülerin, er habe, so die Staatsanwaltschaft, »mehrfach pornographische Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen bzw. Abbildungen Personen unter 16 Jahren zugänglich gemacht«. Die »Personen unter 16 Jahren« sind seine SchülerInnen, die pornographischen Werke sind Frank Wedekinds »Frühlings Erwachen«, Marlene Haushofers »Menschenfresser« und »Dunkler Frühling« von Unica Zürn (»In diesem Buch sind sexuelle Handlungen mit Kindern und Tieren beschrieben«, so die kundige Staatsanwältin) sowie der Film »Am Anfang war das Feuer« (freigegeben ab 12 Jahren).

Obwohl sich mit einer Ausnahme alle Eltern hinter ihn stellen und auch der Schulleiter ihn stützt, wird Saladin der Prozess gemacht. Zwar bleibt dort von den Anschuldigungen der Mutter nichts mehr übrig und er wird in dieser Sache freigesprochen. Aber inzwischen hat man auf seinem Computer angeblich anstößige Fotos minderjähriger Mädchen gefunden und er wird in dieser anderen Sache verurteilt. – Natürlich hieß es dann »der pädophile Lehrer, dem man aber nichts nachweisen konnte«.

Man wird den Eindruck nicht los, dass beim Kinderschutz vor allem die Verfolgung umherschleichender Pädophiler wichtig ist, Gewalt, Misshandlung oder

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

einfach nur Vernachlässigung von Kindern durch ihre Eltern ist wohl nicht so pressetauglich.

Ein Buch, das aufwühlt und auch dazu dienen sollte, noch einmal zu diskutieren, wie man die anscheinende Allmacht der Justiz begrenzen und kontrollieren kann. Denn sowohl bei Saladin als auch bei Edathy wird ein vager und unbewiesener Verdacht zum Anlass genommen, Privat- und Geschäftsräume zu durchsuchen. Im Fall Edathy kommt noch hinzu, dass sogleich unter der Hand die Presse informiert wird, die gar die Durchsuchung fotografieren kann. Und weder bei Saladin noch bei Edathy und auch nicht bei Mollat werden die Vorwürfe überprüft, sondern sie werden für bare Münze genommen. Behauptungen werden so Tatsachen. Und in allen Fällen ist klar: Egal wie es letztlich ausgeht, die Existenz ist zerstört. Das prägt natürlich auch teilweise den Stil des Buches, das eine Anklage ist und gleichzeitig eine Klärung anstrebt und dabei stellenweise sehr ins Detail geht. *Klaus Will*

Daniel Saladin: Aktion S. Eine Hetzjagd nimmt ihren Lauf. Rotpunkt Verlag, Zürich 2014, 27,50 Euro.

BLINDER OPTIMISMUS

Pamela Pabst, 1978 geboren, ist Optimistin und findet ihre Blindheit gar nicht so schrecklich: Sie sieht schließlich, was wir nicht sehen, heißt es im Untertitel des Buches. Von Geburt an blind, hatte sie eine schöne Kindheit und empfand das Anderssein als Blinde nie als Manko. Und nie hatte sie von ihren Eltern gehört: »Das kannst du nicht!«

Weil sie auf der Blindenvorschule ihrer Lehrerin aufgefallen war, kam sie mit deren Empfehlung an eine normale Vorschule. Zu der Zeit gab es keine offiziellen Integrationsmöglichkeiten, aber mit den Lehrkräften der benachbarten Rothenburg-Grundschule wurde einfach der Versuch unternommen: Und er klappte! Er klappte so gut, dass sie problemlos dort auch die Grundschule absolvierte und schließlich 1992 zum ebenfalls benachbarten Fichtenberg-Gymnasium wechselte.

Dort war es dann allerdings nicht mehr so einfach: Zwar hatte sie keine Probleme mit dem Stoff und erhielt auch von den Lehrkräften Unterstützung, insbesondere den damaligen Schulleiter Hans-Gerd Prause erwähnt sie mehrmals, wird aber von den MitschülerInnen gemobbt, die ihr wohl ihre besondere Stellung und die zusätzliche Zeit übelnehmen, die sie als Blinde bei der Erarbeitung des Stoffes und bei den Klassenarbeiten bekommt. Hier wie auch anhand alltäglicher Situationen schildert Pabst anschaulich, welche Hilfen blinde Menschen brauchen, um Alltag und Schule bewältigen zu können. Wenn diese Hilfen da sind, dann können sie agieren wie andere auch. Gerade deswegen ist es wichtig, dass behinderte Menschen selbstverständlich in der Regelschule unterrichtet werden. Nur so kann ein Verständnis aufgebaut werden – was bei den SchülerInnen des Gymnasiums offensichtlich nicht der Fall war. Pabst schafft es aber schließlich, ihr Abitur mit der Note 1,7 abzuschließen: Was Mitschüler auf der Abiturfeier dazu veranlasste ihr zuzuzischeln, sie habe doch ihr Abi geschenkt bekommen. So ganz weit her scheint sie an der Fichtenberg nicht gelungen zu sein, die Integration – von Inklusion gar nicht zu reden.

Das Wort »Mandant« und die Serie »Liebling Kreuzberg« hatten sie schon früh so fasziniert, dass sie unbedingt Jura studieren wollte. Deswegen hatte sie schon jeweils in den Schulferien bei einem Rechtsanwalt Praktika absolviert – was wiederum eine eigene und faszinierende Geschichte ist. Jedenfalls meisterte sie auch das Studium und arbeitet heute als Strafverteidigerin, denn Richterin konnte sie nicht werden, da sie die Angeklagten nicht sehen kann. Eine etwas seltsame, aber zumindest antiquierte Regelung, die abgeschafft gehört!

Für Sehende schreibt Pabst eine temperamentvolle und informationsreiche Einführung ins Blindsein. Ein Buch, das Mut macht und die Augen öffnet! *Klaus Will*

Pamela Pabst: Ich sehe das, was ihr nicht seht. Eine blinde Strafverteidigerin geht ihren Weg, Hanser Berlin, Berlin 2014, 17,90 Euro.

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Eine Szene aus dem Stück »Das doppelte Lottchen« bei Atze. Vorzüglich die Integration von Musik und Darstellung, der virtuose Wechsel zwischen Schauspielern und Musikern. Besprechung siehe unten. FOTO: JÖRG METZNER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Das doppelte Lottchen« nach Kästner bei **Atze** wird bis in die Groteske hinein getrieben (die Ferienfreizeit); die Inszenierung zeigt komisch und ätzend scharf die kollektive Verfolgung der »Neuen«; sie wird wunderbar emotional, wenn die beiden Zwillinge sich zusammen tun, Vater und Mutter »tauschen«, um die Familie wieder zu vereinen. Ein kluges Mittel, die beiden Mädchen von der Größe wie von der Emotionalität her deutlich zu unterscheiden; so wissen zum einen auch die kleinen Zuschauer immer Bescheid und können sich amüsieren über die Bühnenfiguren, die die Zwillinge ständig verwechseln. Zum anderen macht die Unterschiedlichkeit deutlich unterschiedliche Eltern-Kind-Beziehungen möglich und sichtbar – es ist fast ein Beziehungs-Laboratorium, das hier, gleichsam modellhaft, installiert wird. Vorzüglich auch die (inhaltlich motivierte) Integration von Musik und Darstellung, der virtuose Wechsel zwischen Schauspielern und Musikern. Kein simples »happy end«: der offene Schluss zeigt deutlich die Sehnsucht der Kinder nach der Einheit der Familie, lässt aber auch den Erwachsenen noch die Option einer Veränderung (ab 6; ich würde eher sagen, ab 8!).

Interviews mit türkischstämmigen Berlinern unterschiedlichen Alters bilden das Material für die Inszenierung *»Süpermänner«* im **Ballhaus Naunynstraße**. »Gespielt« werden die Geschichten nicht von Schauspielern, sondern von den Interviewten selbst. Sie werden diskret und unaufwendig in Szene gesetzt, durch leichte ironische Tupfer unterstützt (vor allem von der musikalischen Begleitung); die Inszenierung konzentriert die Aufmerksamkeit auf die Lebensberichte, führt die Zuschauer zu intensivem Zuhören. Das ist ernsthaft, spannend, immer wieder überraschend, abseits von Klischeevorstellungen, komisch und anrührend, ein unverstellter, facettenreicher Einblick in Berliner Gegenwart (ab 16; der Besuch sollte aber vorbereitet sein, um übliche Theatererwartungen abzubauen).

»Verflucht das Herz. Shakespeares Sonette« als »Tanzperformance« im **Theater Thikwa** – berührend die Intensität der Bewegungen und Begegnungen auf der klar strukturierten Spielfläche; die Video-Großaufnahmen drängen sich vor, lenken die Aufmerksamkeit von den Bewegungen und von Shakespeares Sprache eher ab zu optischen Nebensächlichkeiten. Sprache und Bewegung allein wären, denke ich, eindrucksvoller gewesen (ab 16).

»Dieses Grab ist mir zu klein«, noch im Rahmen des Find-Festivals in der **Schaubühne**: ein sehr dienliches Spielgerüst, eine spannende Exposition, den Anfang des 1. Weltkriegs, das Attentat von Sarajevo umkreisend. Es sind eher harmlose, unwissende oder sogar dummabenteuerlustige Jugendliche, die sich manipulieren lassen und damit eine Tragödie in Gang setzen. Der zweite Teil erschien mir richtungslos, beliebig; dass hier Tote wieder lebendig wurden, wird nur behauptet; eine Auseinandersetzung mit der Tat und ihren Folgen findet nicht statt, war auch wohl nicht intendiert. Schade (ab Sek II).

Wichtige Daten: Anfang Juni Theatertreffen der Jugend in der Schaperstraße; ab 21. Juni Augenblick mal, das professionelle Kinder- und Jungendtheatertreffen. Hans-Wolfgang Nickel

AKTIVITÄTEN

Gründung von inklusiven Medienarbeitsgruppen

Themen rund um Menschen mit Behinderungen kommen in den Medien zu wenig vor. Um das zu ändern, wäre es gut, wenn Kinder und Jugendliche früh an diese Themen herangeführt werden. Wir rufen deshalb alle Schulen und die Berliner Universitäten auf zur Gründung von Gruppen für die gemeinsame Medienarbeit von Jugendlichen mit und ohne Behinderung. Gute Beispiele finden sich unter www.medienarbeit-nrw.de Zur Unterstützung dieses Projektes ruft der Initiator Christian Specht auf. Kontakt: Christian.specht1@gmx.de oder Friedelstraße 23, 12047 Berlin.

Das Mobbing-Barometer für Schulen!

Mit dem Mobbing-Barometer können Pädagogen und Schulleitungen herausfinden, wie es an ihrer Schule um Mobbing und Cybermobbing bestellt ist. Als Instrument dient ein online-Fragebogen, der anonymisiert ausgefüllt und automatisch ausgewertet wird. Die Ergebnisse werden grafisch dargestellt und können ausgedruckt werden. Das Mobbing-Barometer kann von Lehrern und Schulleitungen bei der Redaktion »Mobbing- Schluss damit« (MSd) bestellt und dann in Eigenregie und nach eigenem Umfang in allen Klassenstufen genutzt werden. Kontakt: msd@sowieso.de Auf der Website mobbing-schluss-damit.de können Kinder und Jugendliche von eigenen Mobbing-Erfahrungen in ihrem Schulalltag berichten, sich gegenseitig Mut machen und die Berichte anderer kommentieren. Jeden Don-

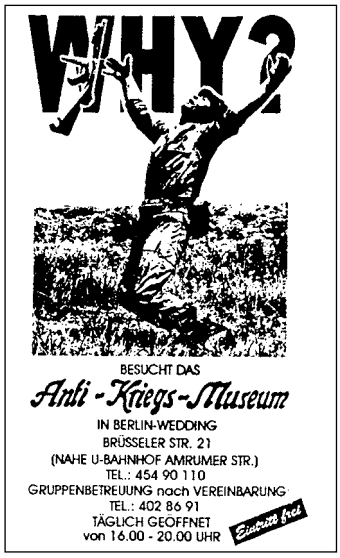
ANZEIGEN

Waffen oder Friedensstifter? Schulbücher und ihre Geschichte in internationaler Perspektive

Simone Lässig
Direktorin des Georg-Eckert-Instituts – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig (GEI)

18. Juni
19.30 Uhr

Veranstaltungsort
Urania Berlin
Eintritt frei
Urania
www.leibniz-gemeinschaft.de



nerstag gibt es einen zweistündigen Anti-Mobbing-Chat, in dem ExpertInnen bei konkreten Problemen direkt ansprechbar sind. MSd wird verantwortet vom sowieso Pressebüro in Berlin. Bis Herbst 2015 wird das Projekt gefördert im Rahmen der Initiative »Ein Netz für Kinder« von BKM und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das neue Deutschland: Von Migration und Vielfalt
Ein Projekt des Deutschen Hygiene-Museums zur Stärkung der Zivilgesellschaft vom 8. März bis 12. Oktober 2014. Das neue Projekt des Deutschen Hygiene-Museums bietet keine umfassende kultur- oder sozialgeschichtliche Bestandsaufnahme der globalen Migrationsprozesse an. Es wird sich vielmehr in einer bewussten Engführung auf die Situation in Deutschland konzentrieren: Wie wollen wir in diesem Land, das schon seit Jahrzehnten zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist, künftig zusammenleben? Wie und wohin wird sich dieses Gemeinwesen weiter entwickeln, in dem mittlerweile rund 20 Prozent der Bevölkerung auf eine Migrationsgeschichte zurückblicken? www.dhmd.de

MATERIALIEN

GEW-Film »Gemeinsam für Inklusion«
Die gesellschaftlichen und politischen Hürden für eine erfolgreiche Umsetzung von Inklusion sind noch immer hoch – das wissen unsere Mitglieder aus ihrem Berufsalltag am besten. Die GEW dokumentiert Eindrücke, Wünsche und Vorbehalte in einem Film und einem begleitenden Booklet. Für Mitglieder gibt es Möglichkeiten, sich durch Fortbildungs- und Informationsangebote zu qualifizieren sowie sich über die eigene Rolle und das professionelle Miteinander zu verständigen. Der Film »Gemeinsam für Inklusion« ist hierfür ein Baustein. Die Aussagen in dem Film basieren auf einer Online-Befragung der GEW-Mitglieder, die im Oktober 2010 stattgefunden hat. Film mit Booklet sind zum Preis von 3 Euro im GEW-Shop erhältlich (www.gew-shop.de).

Kinder brauchen Bewegung
»Unterricht in Bewegung: Materialien für die Grundschule« bringt vielfältige und erprobte Anregungen, um Lernen und Bewegung miteinander zu verknüpfen. Grundlage für dieses Projekt der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) war die Zusammenarbeit mit Lehrkräften sowie mit fachdidaktischen ExpertInnen unter der Fragestellung: Was ist das Lernziel der jeweiligen Unterrichtseinheit? Wie kann Bewegung zur Erreichung dieses Ziels beitragen? Weitere Informationen zu den Unterrichtsmaterialien unter: www.bzga.de/infomaterialien/unterrichtsmaterialien. Die Publikation kann bestellt werden mit der Bestellnummer 20520000 per E-Mail unter order@bzga.de sowie per Fax unter 0221/ 8992-257.

Antidiskriminierende Sprachveränderungen
Ob in den Medien oder der Universität, im Arbeits- wie im Alltagsleben – Debatten um rassistische und sexistische Praxen und (Nicht)Benennungen zeigen: Sprache ist Handlung und schafft Wirklichkeit. Dies ist auch der Ausgangspunkt der AG Feministisch Sprachhandeln, die im Februar 2014 den Sprachleitfaden »Was tun? Sprachhandeln aber wie? W_Ortungen statt Tatenlosigkeit!« für die Humboldt-Universität zu Berlin veröffentlicht hat. Für die Universität und über diese hinaus gibt der Leitfaden Anregungen zu antidiskriminierenden Sprachveränderungen sowie Ideen für konkrete Umsetzungen im Arbeitsalltag. Download unter http://feministisch-sprachhandeln.org Die Printversion kann kostenfrei bestellt werden über info@feministisch-sprachhandeln.org

Ideengeschichte der USA
25 Porträts aus der US-Ideengeschichte vom 17. bis zum 20. Jahrhundert aus unterschiedlichen Bereichen. Darunter ein Dewey-Porträt, der Vater des »learning by doing« und des Partizipationsgedankens in der Schule. Daneben Porträts aus der Antisklavereibewegung und der afroamerikanischen Diskussion über den Aufstieg durch Bildungschancen für ethnische Minderheiten (Debatte Washington-Du Bois). Aber auch Kapitalismuskritiker wie Baran und Sweezy sind vertreten. Diese Porträts könnten nicht nur für Englisch- oder Geschichts- und Politiklehrkräfte interessant sein: Malcolm Sylvers/Brigitte Domurath-Sylvers: Mythen und Kritik in der Ideengeschichte der USA: 25 Porträts. Metropolis Verlag, Marburg 2014, 395 Seiten, 29,80 Euro.

STELLENBÖRSE

Lehrkraft für ZBW gesucht
Bei uns im ZBW (Lehrgänge zum nachträglichen Erwerb des EBBR/MSA) an der VHS-Steglitz-Zehlendorf und in unserer Filiale »Tannenhof-Schule« sind zum kommenden Schuljahr insgesamt 46 Unterrichtsstunden in Englisch, Deutsch, Physik und Chemie zu besetzen. Bewerben sollten sich KollegInnen aus dem Bereich Steglitz-Zehlendorf. Sie sollten unbedingt Erfahrungen mitbringen, die den Umgang mit ehemals Drogenabhängigen erleichtern. Ausführliche Informationen auf der Website www.zbw-berlin.de Persönliche Rückfragen unter Tel. 90299-2208.

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Fahrt- und Eintrittsgelder tragen die TeilnehmerInnen selbst.

BSA Lichtenberg
12. Juni 2014: Ganztagsausflug zum Agrarmuseum in Wandlitz (Barnim Panorama und Naturparkzentrum, Breitscheidstr. 8-9 in Wandlitz). Treff: 9.15 Uhr auf dem Bahnsteig Berlin-Karow (Fahrverbindung: ab Friedrichstraße, Gesundbrunnen oder Bornholmer Straße mit der S2 bis Karow) Fahrschein für Zone ABC! Museumseintritt 5 Euro

BSA Pankow
17. Juni 2014: Führung durch das Jüdische Museum, Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin, Thema: Judentum-Christentum-Islam, ein kulturhistorischer Vergleich. Anschließend Besuch des »Gartens des Friedens«. Treff: 10.30 Uhr vor dem Museum, Eintritt 2,50 Euro, Kontakt: Frau Slateff, Tel. 9864837

03. Juli 2014: Wanderung mit Herrn Lehmann um den Faulen See mit anschließendem Picknick. Treff: 11.00 Uhr vor dem Eingang des Stadions Buschallee, 13088 Berlin. Mitbringsel: Gute Laune. Kontakt: Frau Slateff, Tel. 9864837

INTERNET

www.zukunftsberuf-erzieher.de informiert über den Beruf Erzieher und wendet sich besonders an männliche Interessenten. Die Internetseite ist vom Boys'Day-Jungen-Zukunftstag initiiert worden.

unesco.de/gipfel_inklusive_bildung.html Informationen über den UNESCO-Gipfel am 19./20. März 2014 in Bonn. Das Ergebnis des UNESCO-Gipfel Inklusion ist in einer »Bonner Erklärung zur inklusiven Bildung in Deutschland« zusammengefasst worden.

www.boeckler.de/39577.htm führt zum Schulbereich der Hans-Boeckler-Stiftung mit Informationen und Unterrichtseinheiten zu aktuellen Themen. Neu ist zum Beispiel die aktualisierte Unterrichtseinheit zum Thema Mindestlohn.

www.Berlin-gegen-Nazis.de Das vom Berliner Senat geförderte Projekt soll »starke Partner« aus Wirtschaft, Kultur, Sport, Migrantenselbstorganisationen und Gewerkschaften zusammenbringen, um gemeinsame Proteste gegen Rechts, Rassismus und Antisemitismus zu organisieren. Dafür soll das Internetportal werben, soll zentrales und übergreifendes Netzwerk für die ganze Stadt werden.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSE n REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland	
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg	
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...	

Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...

Tel. 030/3030836

KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...
Mehringdamm 66 Mo-Fr 10-20 Uhr
10961 Berlin Sa 10-18 Uhr
030/789 51 797 extrabuch@t-online.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

LIGURIEN, HINTERLAND V. ALASSIO, freistehendes Naturstein-Landhaus mit 200 qm mit ehem. Ölmühle und Garten steht ab sofort zum Vermieten frei. Kaltmiete 400 Euro/Monat bei Mietzeit ab drei Monaten, sonst 70 Euro pro Tag.
Rückfragen an piamondi@gmx.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Ihre Farbanzeige in der blz
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 209,- Euro zuzüglich Mehrwertsteuer.
Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

Was tun bei ARTHROSE?
Was kann man selbst bei Arthrose tun? Können die Vorstufen dieser häufigsten Gelenkkrankheit bereits wirksam behandelt werden? Auf diese Fragen gibt die Deutsche Arthrose-Hilfe in ihrer Info „Arthrose-Info" fundierte Antworten. Weitere Informationen und ein Sonderheft können kostenlos angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 11 05 51, 60040 Frankfurt/M. (bitte gerne eine 0,60-€-Briefmarke für Rückporto beifügen).

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2014
- Gekonnter Smalltalk / Clever Kontern
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- The Vocal Project - Improvisation und Singen
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

BUSART-TOURS GmbH
/...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Mediation in Diversity
Schülermediationsausbildung
nach Standards des Bundesverbandes BM
mediation-in-diversity@gmx.info
S. Kanis 030 / 33 98 81 51

SUPERVISIONSGRUPPE FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

11. JUNI	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
16. JUNI	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 34
17. JUNI	16.30 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LAMA**	Raum 34
	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
18. JUNI	11.00 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 33
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
19. JUNI	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 300
23. JUNI	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd Aus-, Fort- und Weiterbildung**	Raum 34
24. JUNI	16.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 300
26. JUNI	16.00 Uhr	**AG Kinder- und Jugendliteratur**	Raum 34
01. JULI	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 300

JUNGE GEW

Der Lesekreis der AG Kritische Bildungsarbeit der jungen GEW trifft sich am **Dienstag, 17. Juni 2014 von 16 bis 18 Uhr** zum Thema *Andreas Gruschka*, in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Raum 739.

GRAFIK: GRAF DRUCKULA

Ganztägiger Warnstreik beim freien Träger »aktion weitblick« am 20. Mai 2014

FOTO: ANDREAS KRAFT